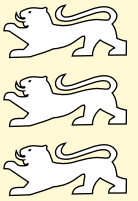


Familien

in Baden-Württemberg

REPORT



3/2013



Kommunale Familienpolitik

Inhalt

Wichtige Ergebnisse im Überblick	3
---	----------

Editorial	5
------------------	----------

1. Grundlagen kommunaler Familienpolitik	6
1.1 Was ist kommunale Familienpolitik?	6
1.2 Blick zurück: Meilensteine auf dem Weg zur familienfreundlichen Kommune in Baden-Württemberg	7
1.3 Kommune und Demografie	9
1.4 Handlungsfelder kommunaler Familienpolitik	11

2. Steuerungsinstrumente und Initiativen in Baden-Württemberg	14
2.1 Kinder- und Familienfreundlichkeit als kontinuierlicher Optimierungsprozess auf kommunaler Ebene	14
2.2 Beteiligungsorientierte Verfahren und Veranstaltungen	16
2.3 Breite Netzwerke: Lokale Bündnisse für Familie	19

3. Ausgewählte Handlungsfelder und aktuelle Herausforderungen	20
3.1 Kommunale Familienzeitpolitik	20
3.2 Gesundheitsförderung in der Kommune	24
3.3 Integration und interkulturelle Öffnung	26

4. Initiativen zur Familienfreundlichkeit in Österreich	29
--	-----------

Literatur	31
------------------	-----------

Impressum	33
------------------	-----------

Kommunale Familienpolitik

Wichtige Ergebnisse im Überblick

- Viele Gemeinden und Städte in Baden-Württemberg haben sich in den letzten Jahren auf den Weg gemacht, um vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine nachhaltige strategische Ausrichtung im Hinblick auf die Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit vor Ort zu entwickeln. Dabei wird kommunale Familienpolitik zunehmend auch im Kontext von Generationenpolitik gesehen, die das Zusammenleben aller Generationen verstärkt in den Blick nimmt.
- Zu den wichtigsten Handlungsfeldern kommunaler Familienpolitik gehören „Kommunalentwicklung für und mit Familien“, „Rat und Unterstützung für Familien“ (bedarfsgerechte, niedrighschwellige Unterstützungs- und Entlastungsangebote, Mütter- und Familienzentren, Frühe Hilfen, Angebote der Eltern- und Familienbildung, „Kinderbetreuung, Bildung, Freizeit“, „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, „Älterwerden, Jung und Alt“, „Gesundheitsförderung“, „Integration und interkulturelle Öffnung“ sowie „Wohnen und Wohnumfeld, Verkehr“.
- Für Kommunen, die geeignete Leitziele entwickeln und entsprechende Maßnahmen umsetzen wollen, stehen in Baden-Württemberg erprobte Instrumente und Unterstützungsangebote zur Verfügung. Dazu gehören die „Handreichung Familienfreundliche Kommune“, die Teilnahme am Integrierten Managementverfahren „Familienfreundliche, bürgeraktive & demografiesensible Kommune“ und andere beteiligungsorientierte Verfahren wie die „Regionalen Strategiekonferenzen: Familienbewusst Fachkräfte sichern“.
- Das Integrierte Managementverfahren „Familienfreundliche, bürgeraktive & demografiesensible Kommune“ unterstützt den gemeinsamen Dialog von Gemeinderat, Verwaltung, örtlichen Einrichtungen, Unternehmen, Kirchen, Vereinen sowie Bürgerinnen und Bürgern vor Ort durch professionelle Prozessbegleitung, Bürgerbeteiligung sowie Qualifizierung und Qualitätssicherung. Im Zeitraum 2013 und 2014 führen in Baden-Württemberg 22 Kommunen das Integrierte Managementverfahren „Familienfreundliche, bürgeraktive & demografiesensible Kommune“ durch.
- Lokale Bündnisse für Familie sind breite Netzwerke, in denen sich Akteure aus Wirtschaft, Politik, Wohlfahrtsverbänden und weitere Hilfs- und Beratungseinrichtungen sowie Kirchen und Zivilgesellschaft zusammenschließen, um die Lebensbedingungen von Familien vor Ort durch bedarfsorientierte Projekte zu verbessern. Eine bundesweite Befragung Lokaler Bündnisse für Familie 2012 zeigt, dass in rund 85 % der Kreise und kreisfreien Städte im Bundesgebiet mindestens ein Lokales Bündnis existiert. Für nahezu alle Lokalen Bündnisse bundesweit spielen die Themen „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Kinderbetreuung“ (je 94 %) sowie „Familienorientiertes Umfeld und Familienzeitpolitik“ (92 %) eine zentrale Rolle.

- Die Familienzeitpolitik ist ein noch relativ junges Themenfeld kommunaler Familienpolitik. Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. zur lokalen Familienzeitpolitik (2013) benennen wichtige Handlungsfelder und geben Hinweise zur methodischen Herangehensweise an lokale Familienzeitpolitik. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Pilotprojekts „Kommunale Familienzeitpolitik“ des Bundesfamilienministeriums an fünf Modellstandorten Konzepte und praktische Maßnahmen entwickelt, wie sich Zeitkonflikte für Familien entschärfen lassen.
- Städte und Gemeinden haben einen großen Einfluss auf die gesundheitsfördernden Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen, Familien und älteren Menschen. In den Kommunen werden die Grundlagen für ein gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und ein selbstbestimmtes Leben im Alter gelegt. Gesundheitsförderung ist daher ein zentrales Handlungsfeld kommunaler Familienpolitik. Diesen Zusammenhang greift die Landesregierung auch bei der Umsetzung des Zukunftsplans Gesundheit mit der Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg – Gesundheit in allen Lebensbereichen auf und unterstützt mit der Landesinitiative „Gesund aufwachsen und leben in Baden-Württemberg“ Städte und Gemeinden bei der Entwicklung einer generationenfreundlichen und gesundheitsförderlichen Kommune. Weitere Elemente zur Umsetzung des Zukunftsplans Gesundheit auf kommunaler Ebene sind die kommunalen Gesundheitskonferenzen in den Stadt- und Landkreisen, die als Kommunikationsplattformen zur Vernetzung und Koordinierung aller relevanten Akteure vor Ort dienen und der Gesundheitsdialog Baden-Württemberg.
- Das BÜRGERFORUM Gesundheit ist ein Projekt der Stiftung Kinderland Baden Württemberg und ein Baustein des Gesundheitsdialogs zur Umsetzung der Gesundheitsstrategie Baden Württemberg. Es bietet Kommunen in Baden-Württemberg die Chance, mit einem begleiteten Beteiligungsverfahren gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern einen Einstieg in Gesundheitsförderung und Prävention zu finden.
- Im Bereich Integration und interkulturelle Öffnung existieren in vielen baden-württembergischen Kommunen bereits erfolgreiche Projekte und erprobte Strategien. Häufig sind die Projekte jedoch zeitlich befristet und können über den Förderzeitraum hinaus aus finanziellen Gründen nicht fortgesetzt werden. Darüber hinaus wird mancherorts eine mangelnde Koordination der Initiativen vor Ort beklagt. Durch das 2013 gestartete Förderprogramm des Ministeriums für Integration zur Förderung der Integrationsarbeit in den Kommunen soll gemeinsam mit den Kommunen die Integrationsarbeit vor Ort noch stärker strukturell verankert und vernetzt werden. Schwerpunkte des Förderprogramms sind der Auf- oder Ausbau kommunaler Strukturen, die Elternbeteiligung sowie interkulturelle Öffnung, Teilhabe und Antidiskriminierung.
- International vergleichende Analysen zeigen, dass sich westeuropäische Staaten sowohl im Hinblick auf den Kompetenzrahmen von Kommunen als auch auf familienpolitische Ansätze deutlich unterscheiden. In Österreich gibt es ähnlich wie in Deutschland ein bundesweites Audit familienfreundliche Gemeinde und Programme einzelner Länder, zu denen beispielsweise das Landesprogramm „familie plus“ für kinder-, jugend- und familienfreundliche Gemeinden im Vorarlberg zählt.

Editorial

Die intensive Beschäftigung mit dem Thema „Kinder- und Familienfreundlichkeit“ begann in Baden-Württemberg vor über 15 Jahren. Ein Meilenstein war das Projekt „Kommunale Familienpolitik in Baden-Württemberg“ (2000), das die FamilienForschung Baden-Württemberg im Auftrag des Sozialministeriums durchführte. Ziel des Projekts war es, über die Situation der kommunalen Familienpolitik in Baden-Württemberg zu informieren und den Austausch zwischen Gemeinden, Städten und Einzelinitiativen zu stärken. Doch was ist daraus geworden? Wo gab es Weiterentwicklungen und wo stehen wir heute? Diese Fragen greift der Report auf, indem er auf aktuelle Entwicklungen und Themen in der kommunalen Familienpolitik eingeht und beispielhafte Ansätze vorstellt.

Im ersten Kapitel stehen Grundlagen und Handlungsfelder kommunaler Familienpolitik im Mittelpunkt. Durch den demografischen Wandel hat die Kinder- und Familienfreundlichkeit in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen, Kinder- und Familienfreundlichkeit gilt als wichtiger Standortfaktor für Kommunen. Eine Analyse des Wanderungsverhaltens von Familien in Baden-Württemberg zeigt, dass Familien in vielen städtischen Zentren immer noch in das Umland abwandern. Dies könnte ein Indikator dafür sein, dass bezahlbarer Wohnraum insbesondere für viele Familien in den größeren Städten nach wie vor Mangelware ist.

Im zweiten Kapitel werden Steuerungsinstrumente für Kommunen und Initiativen in Baden-Württemberg vorgestellt, zu denen die „Handreichung Familienfreundliche Kommune“, das Integrierte Managementverfahren „Familienfreundliche, bürgeraktive & demografiesensible Kommune“ und andere beteiligungsorientierte Verfahren wie die „Regionalen Strategiekonferenzen: Familienbewusst Fachkräfte sichern“ gehören.

Das dritte Kapitel beleuchtet drei ausgewählte Handlungsfelder: Kommunale Familienzeitpolitik, Gesundheitsförderung sowie Integration und interkulturelle Öffnung. Dass es sich dabei im Rahmen der Familienberichterstattung nicht um eine Bestandaufnahme zur kommunalen Familienpolitik in Baden-Württemberg handeln kann, liegt auf der Hand. Das Kapitel beschränkt sich darauf, neuere Entwicklungen in den drei Handlungsfeldern aufzuzeigen und Praxisbeispiele vorzustellen. Weitere Praxisbeispiele sowie Arbeitshilfen und Informationen zu anderen familienpolitischen Handlungsfeldern auf kommunaler Ebene finden sich auf dem Internetportal www.familienfreundliche-kommune.de, das die FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt im Auftrag des Sozialministerium seit 2004 als gemeinsame Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch zur kommunalen Familienpolitik in Baden-Württemberg bereitstellt.

1. Grundlagen kommunaler Familienpolitik

1.1 Was ist kommunale Familienpolitik?

Kommunale Familienpolitik hat den Auftrag, eine verlässliche, familienfreundliche und bedarfsgerechte soziale Infrastruktur vor Ort bereitzustellen und darüber hinaus die Situation von Familien in besonderen Lebenslagen angemessen zu berücksichtigen. Den rechtlichen Rahmen hierfür bietet Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes (GG), der die verfassungsrechtlich garantierte Allzuständigkeit der Gemeinden, Städte und Kreise für die Daseinsvorsorge beschreibt.¹ Gemeinden und Städte entscheiden in diesem Rahmen, welche familienpolitischen Einrichtungen, Dienste und Angebote sie für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen.² 1996 definierte das Bundesfamilienministerium kommunale Familienpolitik folgendermaßen: „Kommunale Familienpolitik zielt auf die Sicherung und Stärkung der sozialen, kulturellen, gesundheitlichen und ökonomischen Strukturen in der Kommune, ihren Bezirken und Nachbarschaften. Sie unterstützt Familien bei der Entwicklung und Pflege des Humanvermögens, das heißt sie erleichtert die Entscheidung für ein Leben mit Kindern durch kinderfreundliche Rahmenbedingungen im Wohnbereich, am Arbeitsplatz etc., sie unterstützt die Vermittlung von Fachwissen und Daseinswissen, sie stärkt die Selbsthilfekräfte in Familienetzen und Nachbarschaften sowie in Familieninitiativen und Selbsthilfegruppen. Sie wirkt auf ein familienfreundliches Klima hin und bietet den jungen Menschen verlässliche Rahmenbedingungen für ihre langfristigen biografischen Entscheidungen.“³ Allerdings stellt sich die Frage, ob diese mittlerweile 17 Jahre alte Definition heute noch aktuell ist bzw. möglicherweise an der einen oder anderen Stelle einer Erweiterung bedarf. Einer der Kritikpunkte bezieht sich auf den dieser Definition zugrundeliegenden allumfassenden Gestaltungsanspruch: „Der geforderte omnipotente Gestaltungsanspruch an kommunale Familienpolitik ist kaum einzulösen. Sie agiert zwar als Querschnittspolitik an allen Schnittstellen der kommunalen Daseinsvorsorge; eine Priorisierung von Zukunftsaufgaben, die örtlich unterschiedlich sind, ist jedoch unerlässlich, wenn Familienpolitik im Wirken aller politischen kommunalen Kräfte durchschlagkräftig agieren soll“.⁴ Eine abschließende Definition erscheint also schwierig. Beschrieben werden können Aufgaben, Handlungsfelder und Instrumente kommunaler Familienpolitik. Zu den Kernthemen lokaler Familienpolitik gehören die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Entwicklung neuer Zeitstrukturen, die Qualität von Betreuungs- und Bildungsinstitutionen, die Gestaltung von attraktiven, bezahlbaren und verlässlichen Freizeit- und Kulturangeboten für Familien, Kinder und Jugendliche, die Verbesserung von Integration und Chancengleichheit für Kinder sowie die Ausgestaltung des direkten Wohn- und Lebensumfeldes für Kinder, Eltern und Großeltern.⁵ In letzter Zeit haben darüber hinaus die Themen „Familie und Pflege“ und „Vereinbarkeit von Pflege und Beruf“ an Bedeutung gewonnen.

Familienpolitische Leistungen können sowohl freiwillige Aufgaben als auch Pflichtaufgaben sein. Im Mittelpunkt dieses Reports stehen familienpolitische Ansätze und Initiativen, die über die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben wie beispielsweise die

1 Jordan, E./Hensen, G., 2006.

2 Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren (Hrsg.), 2000.

3 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 1996, S. 25.

4 Jordan, E./Hensen, G., 2006, S. 62.

5 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2009, S. 6f.

Bereitstellung eines Betreuungsplatzes für Kinder zwischen 1 und 3 Jahren seit dem 1. August 2013 hinausgehen. Allerdings erschöpft sich kommunale Familienpolitik nicht darin, einzelne Themen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien vor Ort voranzutreiben. Auf der Basis bisheriger Erfahrungen zeigt sich, dass kommunale Familienpolitik einer Gesamtstrategie bedarf, um erfolgreich zu sein.

Viele Gemeinden und Städte in Baden-Württemberg haben sich in den letzten Jahren auf den Weg gemacht, um vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine nachhaltige strategische Ausrichtung im Hinblick auf die Verbesserung der Kinder- und Familienfreundlichkeit vor Ort zu entwickeln. Dabei wird kommunale Familienpolitik zunehmend auch im Kontext von Generationenpolitik gesehen, die das Zusammenleben aller Generationen verstärkt in den Blick nimmt.⁶ Kommunale Familienpolitik ist aber nicht nur die Aufgabe von Kommunen. Vielmehr sind auch freie Träger und unterschiedliche gesellschaftliche Akteure wie Wirtschaft, Kirchen, Vereine, soziale Organisationen, Gewerkschaften, Kammern sowie Bürgerinnen und Bürger gefragt. Ohne die Beteiligung verschiedener Akteure besteht die Gefahr, dass familienpolitische Maßnahmen ins Leere laufen.⁷ Insofern ist kommunale Familienpolitik auch Beteiligungs politik. Die zentrale Frage der Familienpolitik auf lokaler Ebene lautet demzufolge nicht nur: „Was tun Kommunen?“, sondern auch: „Was geschieht in den Kommunen?“.⁸

1.2 Blick zurück: Meilensteine auf dem Weg zur familienfreundlichen Kommune in Baden-Württemberg

Um die Kinder- und Familienfreundlichkeit vor Ort zu stärken, führte das Bundesfamilienministerium bereits 1997 den ersten Bundeswettbewerb „Kinder- und Familienfreundliche Gemeinde“ durch. Die damalige Bundesfamilienministerin Claudia Nolte zeichnete am 4. September 1997 die 15 Preisträgergemeinden aus, zu denen aus Baden-Württemberg Tettnang und Freiburg gehörten. Insgesamt beteiligten sich an dem Wettbewerb 364 Kommunen aus 14 Bundesländern.⁹ Aus Baden-Württemberg nahmen neben den damaligen Preisträgern weitere 39 Gemeinden und Städte teil. Die inhaltliche Schwerpunktsetzung in vielen Gemeinden bezog sich auf den Ausbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur, die Bereitstellung einer kinder- und familienfreundlichen Siedlungsinfrastruktur (durch Maßnahmen im Wohnungsbau, der Wohnumfeldgestaltung und des Verkehrswesens), die Förderung der Partizipation und der Selbsthilfe, der Eigenleistung und Ehrenamtlichkeit sowie die Verankerung der Familienpolitik als Querschnittsaufgabe in örtlichen Verwaltungen und Politikfeldern und ihre Vernetzung im kommunalen Handeln. Zentrale Themen kommunaler Familienpolitik sind also nicht neu, sondern standen bereits vor gut 15 Jahren auf der Tagesordnung. Allerdings haben sich die Themenfelder im Laufe der Jahre ausdifferenziert und erweitert. In Baden-Württemberg zog das Thema „Kommunale Familienpolitik“ nach dem Bundeswettbewerb weitere Kreise.

Ein Meilenstein war das Projekt „Kommunale Familienpolitik in Baden-Württemberg“ (2000), das die Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt im Auftrag des Sozialministeriums durchführte. Ziel des Projekts war es, über die Situ-

6 Jordan, E/Hensen, G., 2006.

7 ebd.

8 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), 2009, S. 19.

9 Weitere Informationen unter <http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-31997/bundeswettbewerb-kinder-und-familienfreundliche-gemeinde.html>.

ation der kommunalen Familienpolitik in Baden-Württemberg zu informieren und den Austausch zwischen Gemeinden, Städten und Einzelinitiativen zu stärken. Dabei handelte es sich nicht um eine repräsentative Bestandsaufnahme aller familienpolitischen Maßnahmen auf kommunaler Ebene, sondern um eine beispielhafte Darstellung der damals existierenden Ansätze und Initiativen in den Kommunen. Das Fazit war, dass es zum Untersuchungszeitpunkt (2000) ein breites Spektrum familienpolitischer Leistungen auf kommunaler Ebene und vielfältige Projekte und Initiativen gab. Zugleich wurde ein Defizit an Erfahrungsaustausch und Vernetzung zwischen den Kommunen deutlich.¹⁰

2004 wurde mit dem Internetportal www.familienfreundliche-kommune.de, das die Familienforschung Baden-Württemberg im Auftrag des Sozialministeriums bereitstellt, eine gemeinsame Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch zur kommunalen Familienpolitik in Baden-Württemberg geschaffen. Über dieses Portal stehen heute über 350 Arbeitshilfen und rund 170 bewährte Praxisbeispiele aus unterschiedlichen Handlungsfeldern kommunaler Familienpolitik zur Verfügung, die zusätzlich über einen regelmäßigen Newsletter Verbreitung finden. Darüber hinaus wurden Steuerungsinstrumente für Kommunen erprobt und über Jahre weiterentwickelt. Ein Beispiel hierfür sind die „Zukunftswerkstätten Familienfreundliche Kommune“, die sich in 50 baden-württembergischen Gemeinden und Städten als Bürgerbeteiligungsverfahren bewährt haben und heute ein Kernelement des Integrierten Managementverfahrens „Familienfreundliche, bürgeraktive & demografiesensible Kommune“ in Baden-Württemberg sind.

Darüber hinaus wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004 die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ gestartet. Mit Unterstützung der dazugehörigen Servicestelle „Lokale Bündnisse für Familie“ wurde 2005 in Baden-Württemberg der „Netzwerkknoten“ der Lokalen Bündnisse gegründet.¹¹ Die Initiative hierzu ging vom Pforzheimer Bündnis für Familie aus, das sich damals gerade in der Gründungsphase befand und vorschlug, einen landesweiten Arbeitskreis zur „Kommunalen Familienfreundlichkeit“ im Land ins Leben zu rufen. 2006 wurde dann die Gründung einer freiwilligen Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg vereinbart, welche die Arbeit des bisherigen Netzwerkknotens unter Einbeziehung der Lokalen Bündnisse für Familie im Land weiterführen sollte. Die Arbeitsgemeinschaft startete 2007 mit 13 Mitgliedern und umfasst heute 60 Lokale Bündnisse für Familie sowie Partnerorganisationen (siehe Kapitel 2).¹²

Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu mehr Familienfreundlichkeit war die Veröffentlichung der ersten Handreichung Familienfreundliche Kommune Anfang 2007. Diese unterstützt Entscheidungsträger und familienpolitisch Aktive bei der Bestandsaufnahme zur Familienfreundlichkeit und erscheint demnächst in der dritten Auflage 2014 (siehe Kapitel 2).

¹⁰ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren (Hrsg.), 2000.

¹¹ Teilnehmende waren die Kommunen Bodelshausen, Ortenaukreis und Pforzheim sowie der Regionalverband Heilbronn-Franken, die Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt und der Kommunalverband Jugend und Soziales/Landesjugendamt sowie das Servicebüro der Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“.

¹² Weitere Informationen unter <http://www.netzwerk-familie-bw.de/>.

1.3 Kommune und Demografie

Aufgrund der demografischen Entwicklung hat die Kinder- und Familienfreundlichkeit für Kommunen in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen, Familienfreundlichkeit gilt mittlerweile als wichtiger Standortfaktor. Angesichts des Rückgangs der Kinderzahlen und der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung kommen die Gemeinden und Städte zunehmend in einen Wettbewerb um den Zuzug und Verbleib junger Menschen und insbesondere junger Familien.¹³ Am Wanderungssaldo unter 18-Jähriger kann abgelesen werden, welche Teilräume in Baden-Württemberg im Zeitraum 2010 bis 2012 von Familienzuzug profitiert haben und wo Familien abgewandert sind.¹⁴

Eine Analyse des Wanderungsgeschehens in den Mittelbereichen Baden-Württembergs¹⁵ zeigt, dass sich der Trend, der seit einigen Jahren unter dem Stichwort „Reurbanisierung“ diskutiert wird, in Bezug auf Familien nicht bestätigen lässt. In städtischen Zentren wie Stuttgart, Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Tübingen, Ulm und Freiburg im Breisgau wandern Familien nach wie vor in die Umlandgemeinden ab.¹⁶ Es liegt also der Schluss nahe, dass viele der größeren Städte für Familien als Wohnort vergleichsweise unattraktive Verhältnisse bieten¹⁷ und bezahlbarer Wohnraum insbesondere für viele Familien dort nach wie vor rar ist.

Die Randzonen um die Verdichtungsräume und der Ländliche Raum i.e.S. profitieren von der Stadt-Umland-Wanderung von Familien. Aber es gibt auch ländlich geprägte Teilräume, in denen der Wanderungssaldo von Familien zwischen 2010 und 2012 negativ ausgefallen ist, beispielsweise im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb.

Zu- und Wegzüge von Familien können unterschiedliche Ursachen haben, zu denen auch die Lebensbedingungen zählen, die Familien vor Ort vorfinden. Der vom Bundesfamilienministerium herausgegebene „Familienatlas 2012“ vergleicht auf Grundlage von 34 Indikatoren die Attraktivität der Lebensbedingungen für Familien in den 402 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland.¹⁸ Damit soll familienpolitischen Akteuren eine Grundlage für die Standortbestimmung im Wettbewerb um Familien und für die Auseinandersetzung mit regionalen Stärken und Schwächen zur Verfügung gestellt werden.

13 Ridderbusch, J., 2008.

14 Da aus der Wanderungsstatistik keine direkten Familienbezüge zu entnehmen sind, kann eine Abgrenzung der Familienwanderung nur über das Wanderungsalter erfolgen. Der Begrenzung auf die Altersgruppe der unter 18-Jährigen liegt die Annahme zugrunde, dass Minderjährige in der Regel mit ihren Eltern umziehen und es sich bei dieser Gruppe also nahezu ausschließlich um wandernde Familien handeln dürfte. Vergl. Hochstetter, B., 2013.

15 Für die Analyse der Wanderungsbewegungen von Familien wurde aus Gründen der Darstellbarkeit auf die Kategorisierung nach dem Landesentwicklungsplan (LEP 2002) zurückgegriffen. Dieser definiert in Baden-Württemberg insgesamt 101 Mittelzentren (einschließlich Oberzentren), denen Mittelbereiche zugeordnet sind, die die Einzugs- und Verflechtungsbereiche der Mittelzentren kennzeichnen. Die Zuordnung einzelner Gemeinden zu den Mittelbereichen kann dem Regionalschlüsselverzeichnis unter http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Profil/GrafikenImages/Gemeindetabellen/GSMB1101-4309_G09.pdf entnommen werden.

16 vergl. Hochstetter, B., 2013

17 Schmidt, H., 2013.

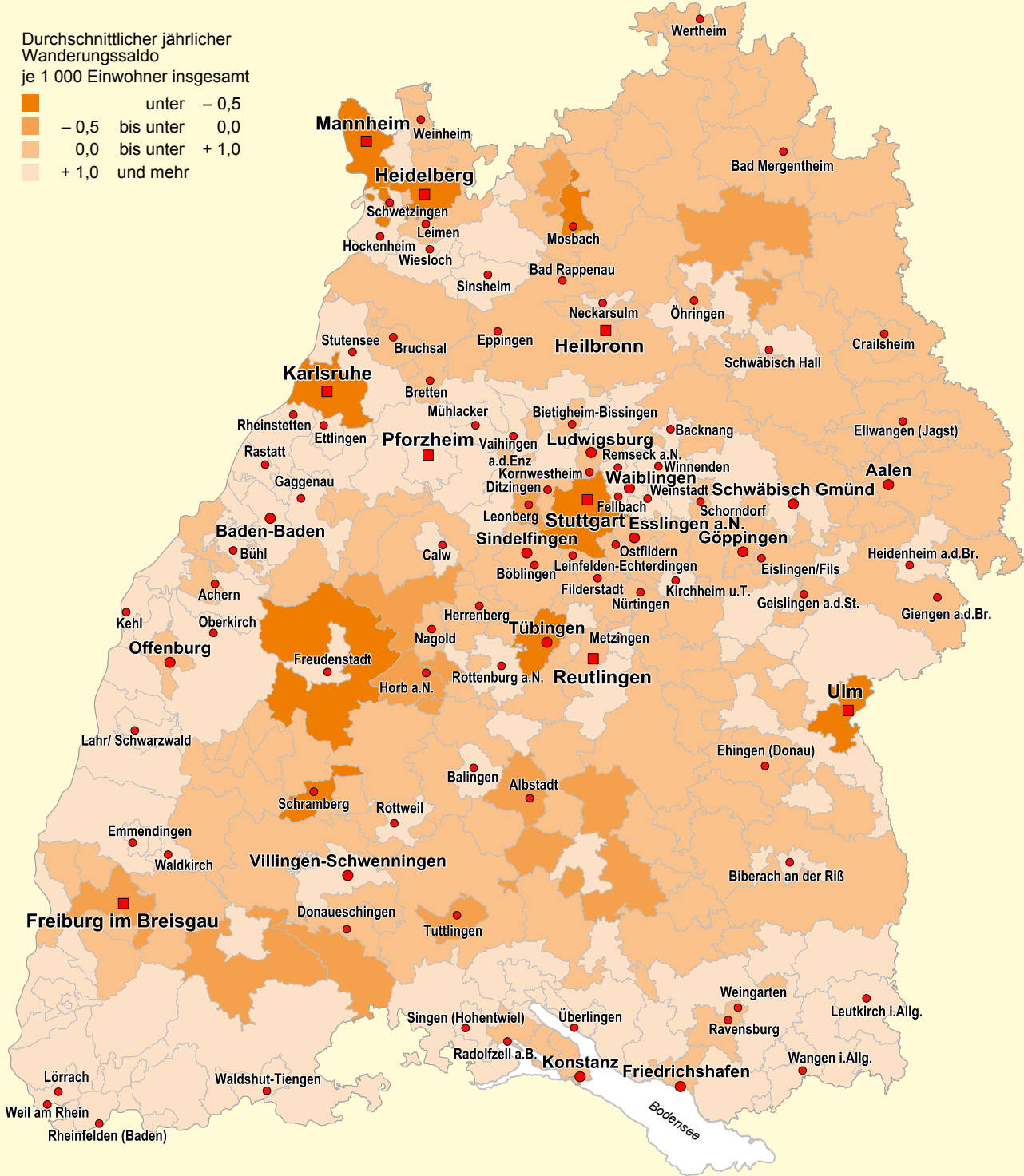
18 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2012.

Karte

**Wanderungssaldo der unter 18-Jährigen
in den Mittelbereichen Baden-Württembergs 2010 bis 2012**

Durchschnittlicher jährlicher
Wanderungssaldo
je 1 000 Einwohner insgesamt

- unter - 0,5
- 0,5 bis unter 0,0
- 0,0 bis unter + 1,0
- + 1,0 und mehr



Datenquellen: Wanderungsstatistik, Bevölkerungsfortschreibung 31.12.2011 (Basis Zensus 2011).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

63-21-13-01S
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

Entscheidungssträger aus den Kommunen Baden-Württembergs können darüber hinaus auf den Demografie-Spiegel für die Gemeinden in Baden-Württemberg zurückgreifen, der Aufschluss über wichtige demografische Entwicklungen gibt. Der Demografie-Spiegel umfasst für jede Gemeinde Indikatoren zu folgenden Handlungsfeldern: Familienfreundliches Wohnen, Familie und Beruf, Wirtschaft, Bildung und Qualifikation, ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger und kommunale Finanzen und Kaufkraft.¹⁹

1.4 Handlungsfelder kommunaler Familienpolitik

Der zukünftige Gestaltungsspielraum der Gemeinden hängt entscheidend davon ab, wie die Kommunen mit den Herausforderungen des demografischen Wandels umgehen. Für die Zukunftsfähigkeit von Kommunen und ein familien- und generationenfreundliches Gemeinwesen ist es wichtig, frühzeitig ein Konzept zur nachhaltigen Kommunalentwicklung zu formulieren, das alle Handlungsfelder und Akteure der Kommune berücksichtigt und in die Konzeption mit einbezieht. Bei bestimmten Themenstellungen kann auch eine Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen oder Mitgliedern einer Verwaltungsgemeinschaft sinnvoll sein. Solche Kooperationen haben sich beispielsweise beim Betrieb einer gemeinsamen Kinderkrippe, eines Generationenbüros oder eines Bürgerbusses bewährt.²⁰

Zu den wichtigsten Handlungsfeldern kommunaler Familienpolitik gehören:²¹

■ Kommunalentwicklung für und mit Familien

Grundlage einer nachhaltigen kommunalen Familienpolitik ist, dass sie als partizipativer Prozess angelegt ist, das heißt Familien selbst als Expertinnen ihrer Lebenslage einbezogen werden. Dafür stehen in Baden-Württemberg mehrere erprobte Instrumente zur Verfügung (siehe Kapitel 2).²² Wichtige Fragen hierbei sind: „Wie können die demografischen Herausforderungen und Chancen in eine kommunale Gesamtstrategie übersetzt werden, die von allen relevanten Akteuren – Bürgerschaft, Wirtschaft und politischen Gremien – mitgetragen und umgesetzt wird? Wie kann es gelingen, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger für die künftige Mitgestaltung ihrer Kommune zu gewinnen? Wie kann man es darüber hinaus schaffen, auch überörtliche Herausforderungen auf Kreis- oder regionaler Ebene angemessen zu bearbeiten?“²³

■ Rat und Unterstützung für Familien

Familien benötigen bedarfsgerechte und niedrigschwellige Unterstützungs- und Entlastungsangebote. Dazu gehören beispielsweise Mütter- und Familienzentren, Frühe Hilfen sowie ein abgestimmtes und transparentes Angebot der Eltern- und Familienbildung, das die Besonderheiten verschiedener Familienphasen und -formen berücksichtigt.

¹⁹ Der Demografie-Spiegel wurde vom Statistischen Landesamt im Auftrag der Staatsrätin für Demografischen Wandel und für Senioren im Staatsministerium Baden-Württemberg und mit Beteiligung des Städtetages und des Gemeindetages im Jahr 2008 erstellt und wird regelmäßig aktualisiert. Weitere Informationen unter <http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/Demografie-Spiegel>.

²⁰ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Familienforschung (Hrsg.), 2013.

²¹ Siehe auch Portal Familienfreundliche Kommune <http://www.familienfreundliche-kommune.de/FFKom/>.

²² Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2009.

²³ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Familienforschung (Hrsg.), 2013, S. 11.

■ Kinderbetreuung, Bildung, Freizeit

Ein bedarfsgerechtes, vielfältiges und qualitativ hochwertiges Betreuungs-, Bildungs- und Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche ist ein wichtiger Qualitätsfaktor für Kommunen. Eine flexible Kinderbetreuung, speziell in Randzeiten, kann durch die gezielte Förderung der Vernetzung von Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege, Schulen und außerschulischer Jugendarbeit bedarfsgerecht abgestimmt werden. Auf dem Hintergrund des demografischen Wandels stellt sich die Frage: „Wie muss die Betreuungs- und Bildungslandschaft für Kinder und Jugendliche gestaltet sein, damit unsere Kommune auch künftig als Lebensmittelpunkt für junge Menschen attraktiv bleibt?“²⁴

■ Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die wichtigsten Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit sind eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung von der Krippe bis zur Ganztagschule sowie familienfreundliche Maßnahmen auf Arbeitgeberseite wie beispielsweise flexible Arbeitszeitmodelle. Auf kommunaler Ebene kann eine familienorientierte Zeitpolitik ein Ansatzpunkt sein, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

■ Älterwerden, Jung und Alt

In Zukunft stehen immer mehr ältere immer weniger junge Menschen gegenüber. Diese Tatsache wird das Leben in den Städten und Gemeinden verändern. Die Leistungsfähigkeit von Familien mit ihren weitverzweigten Kontakt- und Hilfenetzen ist stark gefordert, weil sie vielfältige Hilfs-, Pflege- und Unterstützungsleistungen zwischen den Generationen erbringen und für das Gemeinwesen unverzichtbar sind. Wichtig ist aber auch, die Potenziale von Älteren zu sehen und Begegnung und Austausch zwischen den Generationen zu fördern. Ansatzpunkte hierfür sind beispielsweise die Förderung und Gründung von Mehrgenerationenhäusern, Treffpunkten, Tauschbörsen, Nachbarschaftshilfen und Bürgernetzwerken. Eine wichtige Frage dabei lautet: „Was braucht unsere Kommune für ein lebendiges Miteinander von Jung und Alt, Neubürgerinnen und Neubürgern und Alteingesessenen, damit alle Generationen und Kulturen ihre Erfahrungen und Kompetenzen in das Gemeinschaftsleben einbringen können?“²⁵

■ Gesundheitsförderung

Gesundheitsfördernde Lebensbedingungen zum Beispiel im Wohnumfeld, in Kindertageseinrichtungen oder in Vereinen entstehen örtlich und im regionalen Kontext. Zur Sicherung und Förderung der zukünftigen gesundheitlichen Versorgung können verschiedene innovative Maßnahmen und Projekte unter Beteiligung der Bürgerschaft initiiert werden. Für Kommunen bietet sich die Chance, Angebote zur Gesundheitsförderung und Prävention vor Ort voranzutreiben und so, zusammen mit einer gesicherten Gesundheitsversorgung, ihre Attraktivität für die Bevölkerung und für Arbeitgeber zu steigern. Dabei gilt es die Frage zu klären, welche Beratung und Netzwerke zur Gesundheitsförderung und Prävention sowie zur medizinischen Versorgung die jeweilige Kommune braucht, damit älter werdende Menschen, Menschen mit Behinderungen sowie Menschen in belasteten Lebenslagen so gut wie möglich unterstützt werden.²⁶

24 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Familienforschung (Hrsg.), 2013, S. 11.

25 ebd.

26 ebd.

■ **Integration und interkulturelle Öffnung**

Bei der Ausarbeitung eines kommunalen Integrationskonzepts sind Integrationsprojekte und Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung als Querschnittsaufgabe zu sehen, die durch die Vernetzung und einer konsequenten Zusammenarbeit aller relevanten Akteure vor Ort erfolgreich umgesetzt werden können. Neben den örtlichen Fachleuten sind vor allem die Bürger mit Migrationshintergrund selbst zu beteiligen, um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und sicherzugehen, dass die geplanten Maßnahmen die Zielgruppen auch erreichen. Darüber hinaus kann die Kommunalverwaltung selbst als Vorbild für Integrationspolitik dienen und als Arbeitgeber direkt die Integration von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt unterstützen.

■ **Wohnen und Wohnumfeld, Verkehr**

Eine rückläufige Zahl der Kinder und Erwachsenen bei steigendem Bevölkerungsanteil von Seniorinnen und Senioren stellt in vielen Kommunen in Baden-Württemberg die bestehende Ausgestaltung und Qualität der örtlichen Infrastruktur sowie des öffentlichen und kulturellen Lebens vor große Herausforderungen. Viele Angebote und Leistungen der öffentlichen Infrastruktur müssen unter Beteiligung der Bürgerschaft neuen Rahmenbedingungen und veränderten Bedürfnissen angepasst werden, damit die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt. Insbesondere im Ländlichen Raum stellt sich die Frage, wie die notwendigen Strukturen zur Daseinsvorsorge aufrechterhalten werden können.²⁷

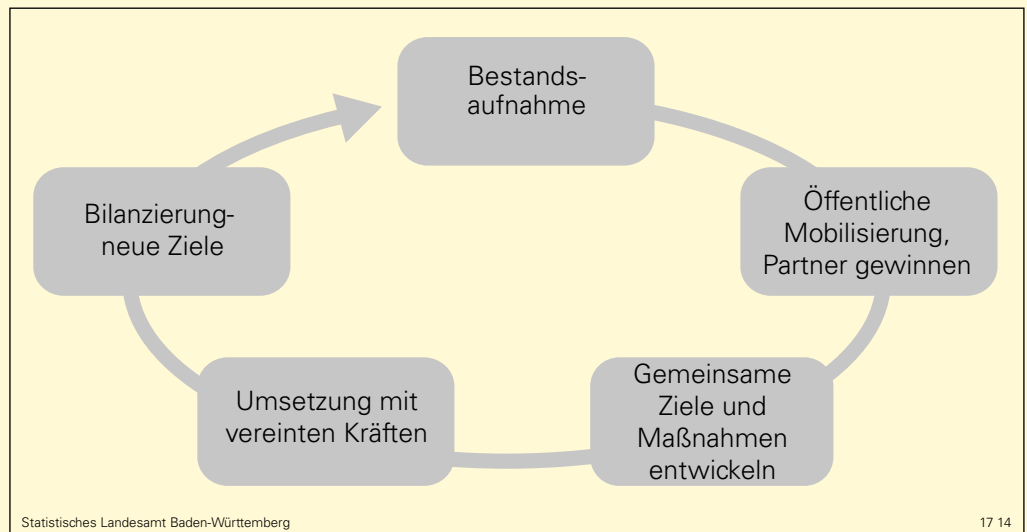
²⁷ Zum Thema „Familie und Wohnen“ siehe auch Report Familien in Baden-Württemberg 1/2013, http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/FaFo/Familien_in_BW/R20131.pdf.

2. Steuerungsinstrumente und Initiativen in Baden-Württemberg

2.1 Kinder- und Familienfreundlichkeit als kontinuierlicher Optimierungsprozess auf kommunaler Ebene

Kinder- und Familienfreundlichkeit ist in vielen Städten und Gemeinden Baden-Württembergs mittlerweile ein zentrales Thema der Kommunalentwicklung. Um geeignete Leitziele auf kommunaler Ebene zu entwickeln und entsprechende Maßnahmen umzusetzen, stehen Kommunen in Baden-Württemberg erprobte Instrumente zur Verfügung. Je nach Ausgangslage vor Ort kann die Kinder- und Familienfreundlichkeit durch Instrumente wie die „Handreichung Familienfreundliche Kommune“, eine kontinuierliche Familienberichterstattung, die Gründung eines „Lokalen Bündnisses für Familie“ oder beispielsweise die Teilnahme am Integrierten Managementverfahren „Familienfreundliche, bürgeraktive & demografiesensible Kommune“ vorangebracht werden. Der Weg zur familienfreundlichen Kommune wird dabei als kontinuierlicher Optimierungsprozess für und mit Familien verstanden, der verschiedene Steuerungsphasen umfasst:²⁸

Übersicht



Zur ersten Bestandsaufnahme vor Ort eignet sich die **„Handreichung Familienfreundliche Kommune“**, die gemeinsam von der Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg, der FamilienForschung Baden-Württemberg, dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg sowie von Vertreterinnen und Vertretern aus baden-württembergischen Städten, Gemeinden und einem Landkreis erarbeitet wurde. Sie ist mit den kommunalen Landesverbänden abgestimmt und wird von diesen zur Anwendung empfohlen.

²⁸ Ridderbusch, J., 2009.

Die Handreichung bietet Entscheidungsträgern und familienpolitisch Aktiven einen „Kompass“ zur Analyse des aktuellen Standes und umfasst in der dritten Auflage 2014 die folgenden zehn Handlungsfelder:

- Kommune, Verwaltung und Vernetzung
- Förderung und Unterstützung der Familie
- Frühe Bildung, Betreuung, Erziehung
- Bildung, Lebenslanges Lernen
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Wohnen und Wohnumfeld, Verkehr
- Freizeit, Kultur
- Integration und interkulturelle Öffnung
- Älterwerden, Generationenbeziehungen
- Gesundheitsförderung

Zentrale Fragen bei der Bestandsaufnahme sind beispielsweise: Ist das Angebot in seinen Grundausrichtungen und Prioritäten noch stimmig? Treffen die Angebote den örtlichen Bedarf? Sind sie den Zielgruppen zur Nutzung auch bekannt? Gibt es Über- bzw. Unterversorgungen? Werden die Mittel effizient eingesetzt? Sind die Akteure und Angebote miteinander vernetzt?

Bei der Bestandsaufnahme wird oft deutlich, dass familienbezogene Angebote und Leistungen in der Kommune bei den Familien nicht ausreichend bekannt sind. Um Informationen über bestehende Angebote und Leistungen zu bündeln, gibt es in zahlreichen Kommunen **Familien-Wegweiser** in Form einer Broschüre, eines Internetangebots oder im Rahmen eines Begrüßungspakets. Beispiele hierfür sind der Familienlotse Ravensburg (3. Auflage 2010)²⁹, der Familienwegweiser Leonberg (1. Auflage 2011)³⁰ oder der Pforzheimer Familienratgeber PFIFF, der in nunmehr 6. Auflage für Pforzheimer Familien mit Kindern bis zu 6 Jahren als Informationsbroschüre mit allen notwendigen Basisinformationen zu den entsprechenden Einrichtungen, Ansprechpartnern und Hilfeangeboten für junge Familien zur Verfügung steht.³¹ Auch das Serviceportal „Familien-Wegweiser“ (www.familien-wegweiser.de) des Bundesfamilienministeriums informiert Eltern und andere Interessierte unter der Rubrik „Familie regional“ über Adressen und Ansprechpartner vor Ort. Darüber hinaus bietet das Portal Informationen zu zahlreichen staatlichen Leistungen und Förderungen wie Elterngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag sowie Bildungs- und Teilhabeleistungen.

²⁹ Weitere Informationen unter <http://www.ravensburg.de/rv-wAssets/pdf/gesellschaft-soziales/familienlotse.pdf>.

³⁰ Der Familienwegweiser findet sich unter http://www.leonberg.de/media/custom/2075_223_1.PDF?1336040401.

³¹ Weitere Informationen unter <http://www.pforzheim.de/leben-in-pforzheim/gesellschaft-soziales/kinder/unterstuetzung-fuer-eltern/familienratgeber-pfiff.html>.

Eine Basis für die Entwicklung kinder- und familienfreundlicher Leitziele und Prioritäten für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit kann die Erstellung eines kommunalen Familienberichts sein. Er beschreibt die Lebenssituation von Familien vor Ort, führt eine Bestandsaufnahme familienbezogener Leistungen durch und analysiert den bestehenden und zukünftigen Bedarf.³² Der **„Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung** bietet Daten und Prognosen auf kommunaler Ebene, die als ein Baustein in eine kommunale Berichterstattung einfließen können. Dazu gehören kommunale Daten zu den Bereichen demografischer Wandel, Wohnen, Wirtschaft und Arbeit, soziale Lage, Integration, Finanzen und Bildung. Darüber hinaus können u.a. Bevölkerungs- und Pflegediagnosen erstellt und kommunale Demografie-, Bildungs- und Finanzberichte abgerufen werden.³³

2.2 Beteiligungsorientierte Verfahren und Veranstaltungen

Wenn es darum geht, ein Konzept zur nachhaltigen Kommunalentwicklung in Richtung eines familien- und generationenfreundlichen Gemeinwesens zu entwickeln, ist es wichtig, sich gemeinsam mit den Familien auf den Weg zu machen. Durch die direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort können Angebote für spezielle Zielgruppen bedarfsgerecht und nachhaltig geplant werden. Es gibt vielfältige und attraktive Beteiligungsmöglichkeiten, um den Belangen von Familien, Kindern, Jugendlichen und Älteren, ihren Ideen und Gestaltungsvorschlägen verstärkt Geltung zu verschaffen. Dazu gehört beispielsweise die Beteiligung an konkreten Bürgerprojekten (Generationentreff, Tauschbörse, Bürgernetzwerk, Dorfladen, Spielplatz, Jugendtreff). Aber auch wenn es im Kontext des demografischen Wandels um eine nachhaltige strategische Ausrichtung der Gemeinden und Städte geht, ist es wichtig, Bürgerinnen und Bürger von Anfang an zu beteiligen.

22 Kommunen in Baden-Württemberg führen im Zeitraum 2013 und 2014 das Integrierte Managementverfahren „Familienfreundliche, bürgeraktive & demografiesensible Kommune“ durch.

Das **Integrierte Managementverfahren „Familienfreundliche, bürgeraktive & demografiesensible Kommune“** unterstützt Kommunen in diesem Prozess und bietet professionelle Prozessbegleitung, Bürgerbeteiligung, Qualifizierung und Qualitätssicherung bei der Bewältigung der konkreten demografischen Herausforderungen.

Das Managementverfahren ist ein vom Sozialministerium finanziertes Angebot, in welches auch das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und das Kultusministerium einbezogen sind. Weitere Partner sind der Gemeindetag Baden-Württemberg, der Städtetag und der Landkreistag Baden-Württemberg, der Kommunalverband für Jugend und Soziales, die Akademie Ländlicher Raum sowie die Familienforschung des Statistischen Landesamtes. Es wurde gemeinsam mit rund 80 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Amtsleitungen und weiteren Fachleuten aus baden-württembergischen Kommunen entwickelt, die sich am 6. März 2012 im Statistischen Landesamt zu einer ersten Planungswerkstatt zusammenfanden, um ein neues Managementverfahren für Kommunen im demografischen Wandel auf den Weg zu bringen. Mit diesem Verfahren sollen interessierte Gemeinden und Städte in Baden-Württemberg dabei unterstützt werden, den demografischen und gesellschaftlichen Wandel besser zu bewältigen. Es wird im Zeitraum 2013 bis 2014 für insgesamt 22 Kommunen in Baden-Württemberg angeboten und umfasst drei Säulen:³⁴

32 Ridderbusch, J., 2009.

33 Weitere Informationen unter <http://www.wegweiser-kommune.de/>.

34 Weitere Informationen unter http://www.familienfreundliche-kommune.de/FFKom/srvc_intManagement.asp.

1. Zukunftswerkstatt – Prozessbegleitung – Handlungskonzept

Ausgehend von einem klar definierten Mandat wird zusammen mit einer Projektgruppe aus Gemeinderat, Verwaltung sowie wichtigen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der örtlichen Bürgerschaft und Wirtschaft ein integriertes Handlungskonzept entwickelt, das wesentliche Strategien, Ziele und Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung der Kommune im demografischen Wandel beinhaltet. Um die Ideen und Aktivitäten der Bürgerschaft wirkungsvoll einfließen zu lassen, wird beispielsweise auf das bewährte Beteiligungsverfahren der Zukunftswerkstätten zurückgegriffen, das bereits von über 50 Gemeinden und Städten in Baden-Württemberg erfolgreich durchgeführt wurde.³⁵ Hierzu erhält jede Kommune eine professionelle externe Prozessbegleitung, die der kommunalen Projektleitung und Projektgruppe zur Seite steht.

2. Qualifizierung des Familien- & Demografie-Managements

Die begleitende Qualifizierung „Kommunales Familien- & Demografie-Management“ bietet den Entscheidungsträgern und Projektgruppen in den Kommunen das notwendige Know-how zu den wesentlichen fachlichen Herausforderungen im demografischen Wandel, zu innovativen Lösungsstrategien und Praxisbeispielen sowie bewährten Methoden des Prozess- und Beteiligungsmanagements. Die Qualifizierung ermöglicht den Projektleitungen und Projektgruppen darüber hinaus einen landesweiten Erfahrungsaustausch sowie ein kollegiales Coaching zu konkreten örtlichen Aufgabenstellungen.

3. Qualitätssicherung und Fortschreibung des Handlungskonzepts

Das integrierte Managementverfahren bietet im Rahmen der Qualifizierung praxisbewährte Instrumente zur Qualitätssicherung an, um die Veränderungsprozesse auf ihre Effizienz und Wirksamkeit hin zu überprüfen und die Strategien und Ziele kommunalen Handelns gemäß den sich wandelnden Anforderungen fortzuschreiben. Dies reicht von Instrumenten für Controlling und interne Evaluation bis hin zu der Möglichkeit, den kommunalen Gestaltungsprozess von einem unabhängigen Expertengremium extern begutachten zu lassen. Auf diese Weise erhalten alle örtlichen Akteure die nötige Rückmeldung und Anerkennung, was bereits gemeinsam erreicht worden ist und welche Herausforderungen für die Zukunft noch anstehen.

Das **bundesweite „Audit familiengerechte Kommune“** ist ein weiteres strategisches Planungs- und Führungsinstrument für die politische Entscheidungsebene, das als demokratischer und partizipativer Prozess angelegt ist. Es wurde in Nordrhein-Westfalen entwickelt und von der Bertelsmann Stiftung und der berufundfamilie gGmbH – eine Initiative der Hertie Stiftung – in einer Pilotphase für Baden-Württemberg getestet. Das Audit wird vom Verein Familiengerechte Kommune e.V. mit Sitz in Bochum durchgeführt und dient ebenfalls dazu, auf der Basis einer Analyse der familienpolitischen Ausgangslage eine nachhaltige Gesamtstrategie zu entwickeln. Das Auditierungsverfahren umfasst mehrere Phasen, zu denen die Bestandaufnahme, die Analyse und Strategieentwicklung, eine Beteiligungsphase, die Ziel- und Maßnahmendefinition, die interne Abstimmung und die Zielvereinbarung gehören. Am Ende des Prozesses steht Verleihung des Zertifikats „Familiengerechte Kommune“, mit dem die Kommune drei Jahre lang werben kann. Zu den Audit-Kommunen in Baden-Württemberg zählen die Gemeinde Berghaupten, die Gemeinden Ingersheim und Mauer sowie die Städte Kornwestheim und Weinstadt.³⁶

³⁵ Weitere Informationen unter http://www.familienfreundliche-kommune.de/FFKom/srvc_zukunftswerkstatt.asp.

³⁶ Weitere Informationen unter <http://www.familiengerechte-kommune.de/de/home.html>.

Um das Thema Kinder- und Familienfreundlichkeit in den Regionen voranzubringen und die Zusammenarbeit der Kommunen und Unternehmen sowie von Bündnispartnern in den Regionen zu stärken, wurden als Teil der Landesinitiative „Kinderland Baden-Württemberg“ des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg **„RegioKonferenzen zur Familienfreundlichkeit“** ins Leben gerufen. Dies sind eintägige Arbeitskonferenzen, die sich an alle Akteure richten, die die Familienfreundlichkeit in der Region verbessern wollen: Verantwortliche aus Kommunen, Unternehmen, Kirchen und Verbänden, Vertreterinnen und Vertreter von Familienbündnissen, Stiftungen und Initiativen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger. In den Jahren von 2007 bis 2013 veranstaltete die FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt in enger Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern aus den Regionen in insgesamt elf Regionen Baden-Württembergs RegioKonferenzen zur Familienfreundlichkeit.³⁷

Die bewährte Vorgehensweise der RegioKonferenzen wird mit den **„Regionalen Strategiekonferenzen: Familienbewusst Fachkräfte sichern“** im Kompetenzzentrum Beruf & Familie Baden-Württemberg weitergeführt. Zukünftig sind sie stärker auf Arbeitgeber zugeschnitten und gehen konzentriert auf verschiedene Möglichkeiten einer familienbewussten und demografieorientierten Personalpolitik ein. Die erste regionale Strategiekonferenz fand am 13. November 2013 in Stuttgart statt. Für 2014 sind weitere geplant, so beispielsweise am 12. März 2014 für den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, am 20. März 2014 für die Metropolregion Rhein-Neckar und am 26. November 2014 in Reutlingen.³⁸

Eine ausgeprägte Beteiligungs- und Mitbestimmungskultur in der Kommune wirkt sich direkt auf die qualitativen Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen und damit gleichzeitig auf ihre gesamte Familie aus. Das Recht von Kindern und Jugendlichen auf eine altersangemessene Beteiligung und Mitbestimmung ist daher ein Schwerpunkt des „Jahrs der Kinder- und Jugendrechte 2014 in Baden-Württemberg“. Die landesweite Auftaktveranstaltung zum Jahr der Kinder- und Jugendrechte findet am 6. Februar 2014 in Stuttgart statt.³⁹ Ziel der Veranstaltung ist es, Akteure aus den Bereichen der Kinderrechte und der Kinder- und Jugendbeteiligung zusammenzubringen, zu vernetzen sowie aktuelle Themen der Kinderrechte und der Kinder- und Jugendbeteiligung zu diskutieren. Was sind die vordringlichen Themenfelder für Baden-Württemberg im weiten Feld der Kinderrechte? Welche Konzepte für eine gelingende Kinder- bzw. Jugendbeteiligung gibt es und wie kann man diese umsetzen? Im weiteren Verlauf des Jahrs der Kinder- und Jugendrechte 2014 wird eine neue Reihe von Regionalkonferenzen mit dem Schwerpunkt auf den Kinderrechten konzipiert und begonnen. Diese Konferenzen werden von der FamilienForschung Baden-Württemberg im Auftrag des Sozialministeriums durchgeführt.

Eine weitere Beteiligungsmöglichkeit bieten die **Generationenworkshops**, die ebenfalls vom Sozialministerium gefördert werden. Hier geht es darum, auszuloten, welche Chancen und Risiken sich auf dem Hintergrund des demografischen Wandels für die Generationen und die Generationenbeziehungen ergeben. Bis März 2014 sind sechs Generationenworkshops geplant, die von der FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt durchgeführt werden.

37 Weitere Informationen unter http://www.familienfreundliche-kommune.de/FFKom/srvc_regiokonferenz.asp.

38 Weitere Informationen unter http://www.kompetenzzentrum-bw.de/FFBetr/Reg_StratKonf.asp.

39 Weitere Informationen unter <http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/FaFo/detail.asp?20130912.1.xml>.

2.3 Breite Netzwerke: Lokale Bündnisse für Familie

Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ wurde 2004 durch das Bundesfamilienministerium ins Leben gerufen. Seither haben sich Lokale Bündnisse für Familie flächendeckend etabliert. Eine bundesweite Befragung Lokaler Bündnisse für Familie 2012 zeigt, dass es in rund 85 % der Kreise und kreisfreien Städte im Bundesgebiet mindestens ein Lokales Bündnis gibt.⁴⁰ Zum Start der Befragung existierten bundesweit 661 Lokale Bündnisse (Stand 31. August 2012). Lokale Bündnisse für Familie sind Netzwerke von Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Die verschiedenen Partner finden sich vor Ort auf freiwilliger Basis zusammen, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Familien durch bedarfsorientierte Projekte zu verbessern. Die häufigsten Partner der Bündnisse sind Städte und Gemeinden sowie Landkreise (98 %), wirtschaftsnahe Akteure und Akteure am Arbeitsmarkt (83 %), Wohlfahrtsverbände und weitere Hilfs- und Beratungseinrichtungen (78 %), Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen (72 %), Kirchen und andere Glaubensgemeinschaften (65 %) sowie Universitäten, Fachhochschulen, Forschungszentren und andere wissenschaftliche Einrichtungen (23 %). Das Themenspektrum, in dem sich Lokale Bündnisse engagieren, ist sehr breit gefächert. Für nahezu alle Lokalen Bündnisse bundesweit spielen die Themen „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Kinderbetreuung“ (je 94 %) sowie „Familienorientiertes Umfeld und Familienzeitpolitik“ (92 %) eine zentrale Rolle. Weitere wichtige Themenfelder, in denen sich Lokale Bündnisse engagieren, sind: „Erziehungsverantwortung und Bildung“ (87 %), „Gesundheit und Pflege“ (83 %) sowie „Inklusion und Integration“ (76 %).⁴¹

In der „Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg“ haben sich landesweit über 60 Lokale Bündnisse für Familie sowie Partnerorganisationen zusammengeschlossen, um die Bedingungen für Familien im Land gemeinsam zu verbessern. Zu diesem Zweck tauschen sie sich im Netzwerk über gute Beispiele und ihre Erfahrungen zur Förderung von Familienfreundlichkeit aus.⁴²

40 Medienbüro Lokale Bündnisse für Familie (Hrsg.): Die Familienexperten. Zentrale Ergebnisse der Befragung Lokaler Bündnisse für Familie 2012, http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/fileadmin/user_upload/lbfff/Die_Familienexperten/Ergebnispräsentation_Familienexperten_2012.pdf.

41 Die Prozentangaben beziehen sich jeweils auf den Anteil an der Gesamtheit aller Bündnisse, die an der Befragung 2012 teilgenommen haben (270 Lokale Bündnisse bundesweit).

42 Weitere Informationen unter <http://www.netzwerk-familie-bw.de/>.

3. Ausgewählte Handlungsfelder und aktuelle Herausforderungen

Aus dem breiten Spektrum der Handlungsfelder kommunaler Familienpolitik (siehe Kapitel 1) sollen im Folgenden aktuelle Entwicklungen, Handlungsansätze und Praxisbeispiele zu den drei Themen „Kommunale Familienzeitpolitik“, „Gesundheitsförderung in der Kommune“ und „Integration und Interkulturelle Öffnung“ vorgestellt werden. Zu den anderen Themenfeldern finden sich im Internetportal www.familienfreundliche-kommune.de Ausgangsfragen für das kommunale Handeln, Arbeitshilfen, Praxisbeispiele, Ansprechpartner und Links zu nützlichen Informationsquellen und Internetportalen.

3.1 Kommunale Familienzeitpolitik

Der Alltag ist für viele Familien sehr eng getaktet. Den Anforderungen, die sich durch Erwerbsleben, Ausbildung, Kinderbetreuung, Schule und unter Umständen auch der Pflege Angehöriger ergeben, gerecht zu werden und dennoch genügend Zeit für die Familie zu haben, gelingt nicht immer. Nach eigener Einschätzung haben nur 23 % der Eltern genug Zeit für die Familie. Väter wünschen sich vor allem mehr Zeit für ihre Kinder (72 %), Mütter für sich selbst (79 %).⁴³ Der empfundene Zeitstress ist oft auch strukturell bedingt. Von außen gesetzte zeitliche Vorgaben verringern die Flexibilität von Familien, setzen der selbstbestimmten Gestaltung von Zeit Grenzen und führen immer wieder zu Zeitkonflikten und erheblichen zeitlichen Belastungen, die je nach Familienphase und -konstellation unterschiedlich ausgeprägt sein können.⁴⁴

Um den Zeitstress von Familien zu reduzieren, spricht sich der 8. Familienbericht (2012) für „Familienzeitpolitik“ als ein eigenständiges politisches Handlungsfeld aus und plädiert für eine Stärkung der Zeitpolitik auf lokaler Ebene. Familienzeitpolitik ist in Deutschland noch ein relativ junges lokales Politikfeld und damit eine neue Gestaltungsaufgabe.⁴⁵ Aber welche Unterstützungsmöglichkeiten haben Kommunen, um in diesem Politikfeld aktiv zu werden?

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. hat 2013 Empfehlungen zur lokalen Familienzeitpolitik verabschiedet, die sowohl wichtige Handlungsfelder benennen als auch Hinweise zur methodischen Herangehensweise an lokale Familienzeitpolitik umfassen.⁴⁶ Wichtige Handlungsfelder auf kommunaler Ebene sind demnach:

- Die Weiterentwicklung der Infrastruktur,
- die Zeitsynchronisation,
- die Verbesserung der Mobilität (kürzere Wege) und
- bildungsbezogene Ansätze, das heißt die Stärkung der individuellen Zeitkompetenz.

43 Ergebnisse des Monitors Familienleben 2012, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/monitor-familienleben-2012,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.

44 Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.), 2013a.

45 ebd.

46 ebd.

Im Hinblick auf die Infrastruktur geht es in erster Linie um die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Bildungs- und Betreuungsangebots für Kinder und Jugendliche, die Entwicklung einer pflegegerechten Infrastruktur und den Ausbau familienunterstützender haushaltsnaher Dienstleistungen. Aber auch lokale Anlaufstellen für Familien und die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement können dazu beitragen, den Zeitstress für Familien zu mildern. Zeitsynchronisation bedeutet die häufig fehlende Abstimmung zwischen den Öffnungszeiten von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Geschäften, Behörden und Zeiten des öffentlichen Nahverkehrs mit den Arbeitszeiten von Eltern zu verbessern. Ziel einer lokalen Familienzeitpolitik ist es, diese „Taktgeber“ auf kommunaler Ebene besser aufeinander abzustimmen.

Nach den Empfehlungen tragen sechs methodische Schritte, die auch zeitgleich erfolgen können, dazu bei, familienzeitpolitische Maßnahmen erfolgreich umzusetzen:

1. Initiierung durch Führungspersönlichkeiten aus Politik und Verwaltung
2. Handlungsbedarf konkretisieren und Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort ausloten, wobei sowohl die Bedürfnisse der Familien als auch die bereits bestehende Infrastruktur in den Blick genommen werden sollte
3. Lokale Bündnispartner gewinnen, existierende Lokale Bündnisse, Netzwerke oder Anlaufstellen einbeziehen
4. Bürgerinnen und Bürger in die Entwicklung konkreter Maßnahmen einbinden, da gemeinsam entwickelte Zeitkompromisse eher sowohl von Familien als auch von den zentralen Taktgebern vor Ort als fair angesehen werden
5. Moderation und Steuerung des Prozesses durch die Kommunen, z.B. über eine institutionelle Anlaufstelle, die auch ein wichtiger Impulsgeber sein kann
6. Bilanzieren und neue Ziele setzen

Die bundesweite Befragung Lokaler Bündnisse 2012 zeigte, dass viele Bündnisse das Thema „Familienzeit“ im Fokus haben und auf vielfältige Weise an Strategien zur Entlastung von Familien arbeiten. So sind 81 % der befragten Bündnisse aktiv im Bereich Familienbüro und andere Informations- und Beratungsangebote, 68 % beschäftigen sich mit familienfreundlichen Freizeitangeboten und 57 % engagieren sich im Bereich familienfreundliche Öffnungs-, Arbeits- und Betreuungszeiten. Rund ein Drittel der befragten Bündnisse sind im Bereich Mobilität von Familien aktiv (wie Fahrdienste, Fahrzeiten des ÖPNV, Walking-Bus).

Darüber hinaus wurden im Rahmen des Pilotprojekts „Kommunale Familienzeitpolitik“ an bundesweit fünf Modellstandorten (Aachen, Herzogenrath, Landkreis Donau-Ries, Neu Wulmstorf und Saalekreis) Konzepte und praktische Maßnahmen entwickelt, wie sich Zeitkonflikte für Familien entschärfen lassen.⁴⁷

⁴⁷ Informationen zu den einzelnen Standorten finden sich unter http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/fileadmin/user_upload/lbfff/Modellstandorte_Zeitpolitik/Factsheet_zu_den_Pilotstandorten.pdf.

» Praxisbeispiel:**Landkreis Donau-Ries in Bayern****Entwicklung neuer Instrumente einer kommunalen Zeitpolitik:
Zeitatlas und Zeitwerkstätten**

Der Landkreis Donau-Ries ist einer von fünf Modellstandorten des bundesweiten Pilotprojekts „Kommunale Familienzeitpolitik“. Das dortige Lokale Bündnis für Familie existiert seit 2008, die Koordination liegt beim Familienbeauftragten des Landkreises. Dem Bündnis gehören 136 Organisationen und Personen an, u.a. Wirtschaftsunternehmen, Städte und Gemeinden, Schulen und Bildungseinrichtungen, Jugend- und Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Selbsthilfegruppen und Initiativen. Das Thema „Zeit für Familie“ hat für den Landkreis eine große Bedeutung: Die Lebensverhältnisse und Infrastruktureinrichtungen für Familien sind regional sehr unterschiedlich, teilweise müssen Familien lange Wege zurücklegen, um die tägliche Versorgung sicherzustellen und Gesundheits-, Bildungs- und Freizeitangebote zu nutzen. Für den Landkreis ist es auch aufgrund sinkender Einwohnerzahlen und teilweise bereits stark ausgeprägtem Fachkräftemangel wichtig, die zeitlichen Rahmenbedingungen für Familien so zu verbessern, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingt und der Landkreis auch über die Grenzen hinweg als attraktiver Standort wahrgenommen wird, der Familien anzieht.

Die Ausgangsfrage für das Pilotprojekt lautete: „Wie lassen sich die zeitlichen Rahmenbedingungen im ländlichen Raum (mit vielen kleinen Gemeinden, sehr unterschiedlichen Lebensverhältnissen und Taktgebern) mit den vorhandenen Ressourcen so gestalten und weiterentwickeln, dass Zeitkonflikte abgebaut und mehr Zeitsouveränität für Familien geschaffen werden kann? Zur Umsetzung des Projekts wurden zunächst „Modellkommunen“ definiert, die die regionalen Unterschiede in den Lebensverhältnissen von Familien abbilden. Im Oktober 2012 fand dann eine Befragung von Familien in den Modellkommunen zu ihren Zeitbedarfen und Zeitkonflikten statt. Davon ausgehend wurden im Januar 2013 im Rahmen eines Bündnisplenums zum Thema „Kommunale Familienzeitpolitik“ gemeinsam mit den Bündnispartnern Handlungsansätze erarbeitet. In den Modellkommunen fanden im Mai und Juni 2013 „Zeitwerkstätten“ statt, in denen mit Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Kommune (Politik, Taktgeber, Familien) Ideen und Lösungen entwickelt wurden. Parallel dazu wurde ein Zeitatlas erarbeitet, der politisch Verantwortlichen in den Kommunen Aufschluss über die regional unterschiedliche zeitliche Belastung von Familien geben soll. Er nimmt die Zusammenhänge zwischen Infrastruktur, Lebensverhältnissen von Familien und den daraus entstehenden Zeitkonflikten in den Blick und bündelt auf etwa 100 Seiten Kennzahlen, die ein umfassendes Bild der Zeitstrukturen vor Ort geben. Kennzahlen im Bereich Kindertagesbetreuung sind beispielsweise die früheste tägliche Öffnungszeit und späteste tägliche Schließzeit von Krippen, Kindergärten und Horten in den Gemeinden. Die sechs Indikatoren „Besondere Lebenslagen“, „Kindertagesbetreuung“, „Pendeln, Mobilität“, „Nahversorgung, Öffnungszeiten“, „Einkommen, Erwerbstätigkeit“ und „Kultur, Freizeit“ wurden in einen Zeitbelastungs-Index zusammengeführt. Dieser gibt auf der Ebene der Städte, Märkte und Gemeinden darüber Auskunft, ob die Wahrscheinlichkeit, dass Familien von Zeitkonflikten betroffen sind, eher hoch oder eher niedrig ist und macht somit deutlich, wo besonderer Handlungsbedarf besteht.

Die Erfahrungen im Donau-Ries-Kreis zeigen, dass der Zeitatlas ein geeignetes Instrument ist, um einen Diskussionsprozess zum Thema „Zeitkonflikte von Familien“ anzustoßen und den Einstieg in eine kommunale Zeitpolitik für Familien anzuregen. Die dreistündigen Zeitwerkstätten wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern als passendes Veranstaltungsformat beurteilt, um Lösungen für Zeitkonflikte von Familien zu erarbeiten. In den Zeitwerkstätten entwickelte Ideen und Lösungsvorschläge werden nun in Arbeits- und Projektgruppen weiterverfolgt. Auch nach dem offiziellen Ende des Pilotprojekts wird „Zeit für Familie“ im Landkreis Donau-Ries weiterhin ein wichtiger Baustein kommunaler Familienpolitik sein.

Auch die Initiative „Neue Zeiten für Familie“ von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern deutscher Großstädte verfolgt das Ziel, Familienzeitpolitik als kommunale Aufgabe zu verankern und weiterzuentwickeln. Die Initiative wurde am 14. Mai 2013 vom Oberbürgermeister der Stadt Aachen, Marcel Philipp, in Kooperation mit der bundesweiten Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ des Bundesfamilienministeriums ins Leben gerufen. Bisher haben sich ihr bundesweit 42 Städte angeschlossen, in Baden-Württemberg sind es die Städte Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim.⁴⁸ Die Mitglieder der Initiative wollen sich aktiv dafür einsetzen, dass die „kommunale Familienzeitpolitik“ als Aufgabe in den Städten verankert wird und dass Politik, Verwaltung, Wirtschaft und weitere gesellschaftliche Partner – auch bereichsübergreifend – zusammenwirken und vorhandene Ressourcen besser genutzt werden. Darüber hinaus sollen mit konkreten Maßnahmen beispielhaft strukturell bedingte Zeitprobleme von Familien verringert und so Zeit für Familie geschaffen werden. Außerdem wollen sich die an der Initiative mitwirkenden Städte über die besten Konzepte zur Entlastung von Familien im Rahmen der „kommunalen Familienzeitpolitik“ austauschen.

Für kommunale Entscheidungsträger ist es wichtig zu wissen, welche Kosten und welchen Nutzen kommunale Familienzeitpolitik hat. Bisher sind keine Studien bekannt, die versuchen, Kosten und Nutzen seriös zu beziffern. Um den ökonomischen Nutzen kommunaler Familienzeitpolitik zu untersuchen, hat das Bundesfamilienministerium im Herbst 2013 beim Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) die Studie „Kosten-Nutzen-Analyse einer kommunalen Familienzeitpolitik“ in Auftrag gegeben. Das IW Köln macht in dieser Studie einen ersten Versuch, auf der Basis verfügbarer Daten und mit bestimmten Annahmen den ökonomischen Nutzen kommunaler Familienzeitpolitik genauer zu analysieren. Zu den untersuchten Faktoren gehören die Fachkräftesicherung, die Steigerung der Attraktivität der Kommune, bessere Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen sowie die Verbesserung des sozialen Miteinanders. Im Rahmen der Studie werden Ansätze für Kosten-Nutzen-Analysen entwickelt und exemplarische Berechnungen insbesondere am Beispiel des Beitrags zur Fachkräftesicherung durchgeführt. Erste Ergebnisse zeigen, dass familienzeitpolitische Maßnahmen zwar zu Mehrausgaben für die Kommunen führen, aber die Einnahmen der gesamten öffentlichen Hand stärken.⁴⁹ Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse ist 2014 zu rechnen. Das Bundesfamilienministerium beabsichtigt, an dem Thema dranzubleiben und umfassendere und detailliertere Ergebnisse zu Kosten und Nutzen kommunaler Familienzeitpolitik erarbeiten zu lassen.

⁴⁸ Eine Karte der teilnehmenden Großstädte findet sich unter <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/grossstadtinitiative/karte.html>.
⁴⁹ Klös, H.-P., 2013.

3.2 Gesundheitsförderung in der Kommune

Neben dem Thema „Kommunale Familienzeitpolitik“ ist auch die Gesundheitsförderung in der Kommune ein zentrales familienpolitisches Handlungsfeld. Städte und Gemeinden haben einen großen Einfluss auf die gesundheitsfördernden Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen, Familien und älteren Menschen. In den Kommunen werden die Grundlagen für ein gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und ein selbstbestimmtes Leben im Alter gelegt. Die Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg – Gesundheit in allen Lebensbereichen wird auf kommunaler Ebene durch verschiedene Bausteine umgesetzt, zu denen die Landesinitiative „Gesund aufwachsen und leben in Baden-Württemberg“, Kommunale Gesundheitskonferenzen in den Stadt- und Landkreisen und der Gesundheitsdialog Baden-Württemberg gehören.⁵⁰

Derzeit beteiligen sich 22 Städte und Gemeinden aus Baden-Württemberg an der Landesinitiative „Gesund aufwachsen und leben in Baden-Württemberg“.

Im Rahmen der **Landesinitiative „Gesund aufwachsen und leben in Baden-Württemberg“** werden Städte und Gemeinden dabei unterstützt, ein Gesamtkonzept für eine gesundheitsförderliche familien- und generationenfreundliche Kommune zu entwickeln und umzusetzen.

An der Initiative des Sozialministeriums und des Landesgesundheitsamtes, die von der Robert Bosch Stiftung gefördert wird, beteiligen sich derzeit 22 Städte und Gemeinden aus Baden-Württemberg.⁵¹ Jede teilnehmende Kommune gründet unter der Beteiligung aller Akteure mit Bezug zu Gesundheit, Bildung, Soziales, Familien- und Generationenfreundlichkeit sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern eine eigene Initiative mit individuellen Schwerpunkten und Zielen. Durch die breite Beteiligung gelingt es, Ressourcen zu bündeln, Über- bzw. Unterversorgung zu identifizieren, Parallelstrukturen zu verhindern sowie die vorhandenen Angebote der Gesundheitsförderung und Prävention besser zu verzahnen und zu erweitern. Die Koordination und Leitung der Initiative liegt bei der Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung.⁵²

Die Landesinitiative unterstützt die beteiligten Kommunen beim Prozess des kommunalen Gesundheitsmanagements unter anderem durch eine zweitägige praxisorientierte Qualifizierung für kommunale Verwaltungskräfte, welche die Initiative vor Ort leiten und koordinieren. Darüber hinaus begleitet eine Beraterin bzw. ein Berater der Landesinitiative den gesamten Prozess einer Kommune, vom Netzwerkaufbau über die Bestands- und Bedarfsanalyse, die Zieldefinition sowie die Planung und Umsetzung von Maßnahmen bis hin zur Kontrolle des Erfolges. Netzwerktreffen und Fachveranstaltungen auf Landesebene ermöglichen den gegenseitigen Austausch der beteiligten Kommunen.

Im Rahmen der Initiative „Gesund aufwachsen und leben in Baden-Württemberg“ wurden verschiedene Fachpublikationen und Arbeitsmaterialien zur Gesundheitsförderung erstellt, die auf der Homepage des Öffentlichen Gesundheitsdienstes Baden-Württemberg zum Download zur Verfügung stehen. Dazu gehört beispielsweise die Broschüre „Gesund aufwachsen und leben in Baden-Württemberg. Angebote und Handlungshilfen der Gesundheitsförderung“ (2012), die einen Überblick über bestehende Ansätze und Programme der Gesundheitsförderung gibt und Informationen

⁵⁰ Weitere Informationen zur Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg finden sich unter http://www.sm.baden-wuerttemberg.de/de/Gesundheitsstrategie_Baden-Wuerttemberg/259215.html?referer=82182.

⁵¹ Weitere Informationen unter <http://www.gesundheitsamt-bw.de/oegd/Netzwerke/Gesund-aufwachsen-in-BW/Seiten/default.aspx>.

⁵² <http://www.gesundheitsamt-bw.de/oegd/Netzwerke/Gesund-aufwachsen-in-BW/Seiten/InhaltederInitiative.aspx>.

zu den entsprechenden Settings, Zielgruppen und Ansätzen liefert.⁵³ Darüber hinaus können über die Datenbank DOKIS-Gesundheitsförderung in Baden-Württemberg (DOKumentations- und InformationsSystem) über 200 Angebote, Projekte und Medien im Bereich der Gesundheitsförderung recherchiert werden.⁵⁴ Das „Handbuch zur kommunalen Gesundheitsförderung“ (2012) soll Gemeinden und Städten als Leitfaden dienen, der sie dabei unterstützt, eine kommunale Initiative zur Förderung der Gesundheit zu gründen. Es gibt unter anderem praxisorientierte Antworten auf Fragen wie „Warum ist kommunale Gesundheitsförderung sinnvoll?“, „Wie gelingt erfolgreiche Gesundheitsförderung?“, „Wie wird die Bevölkerung beteiligt?“ oder „Wie gelingt kommunale Zusammenarbeit?“ und hilft dabei, im Sinne einer „generationenfreundlichen Kommune“, die Bedürfnisse aller Altersgruppen, von Jung und Alt, systematisch in den Blick zu nehmen.⁵⁵ Die Handreichung „Gesundheitsförderung mit allen in Kindertageseinrichtungen“ (2012) entwickelt eine systematische soziallagenbezogene und integrative Perspektive auf die Gesundheitsförderung in und um Kindertageseinrichtungen (mit dem Schwerpunkt Ernährung und Bewegung). Sie richtet sich an Träger und Fachkräfte in verschiedenen Handlungsfeldern wie Gesundheitsförderung, Bildung und Erziehung, Familienbildung, Frühe Förderung, Frühe Hilfen und Kinderschutz mit dem Ziel, bestehende Ansätze zu einem umfassenden Gesamtangebot in den Einrichtungen und in den Kommunen zu verknüpfen. Die Handreichung umfasst Grundlagen, Strategien, Konzepte und Umsetzungsbeispiele aus den Handlungsfeldern, Beispiele für Netzwerke und Gesamtkonzepte sowie Konzeptbausteine für die konkrete Umsetzung in Kindertageseinrichtungen.⁵⁶

Die Umsetzung der Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg – Gesundheit in allen Lebensbereichen muss vor allem vor Ort in den Kommunen stattfinden. **Kommunale Gesundheitskonferenzen**, die im Rahmen des Zukunftsplans Gesundheit in möglichst vielen Land- und Stadtkreisen etabliert werden sollen, bieten daher eine regionale Informations- und Kommunikationsplattform für alle im gesundheitlichen Bereich engagierten Akteure.⁵⁷ Sie finden auf freiwilliger Basis statt und dienen der Erfassung von lokalen gesundheitlichen Problemlagen, der Bündelung von Themen sowie der Abstimmung, Umsetzung und Evaluierung von Maßnahmen.⁵⁸

Der **Gesundheitsdialog Baden-Württemberg** baut auf Stadt- und Landkreisebene auf den Kommunalen Gesundheitskonferenzen auf. Des Weiteren ist der Gesundheitsdialog auf Stadt- und Gemeindeebene mit der Landesinitiative „Gesund aufwachsen und leben BW“ vernetzt. Der Gesundheitsdialog dienen dazu, vor dem Hintergrund der Herausforderungen an das Gesundheitssystem einen strukturierten Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den Partnern des Gesundheitswesens zu unterschiedlichen gesundheitsrelevanten Themen ins Leben zu rufen.

53 Weitere Informationen unter http://www.gesundheitsamt-bw.de/SiteCollectionDocuments/20_Netzw_Sonstige/GaBW_Angebote_%20Handlungshilfen2012.pdf.

54 Weitere Informationen unter http://www.gesundheitsamt-bw.de/oegd/Fachservice/Datenbanken/Seiten/DOKIS_Gesundheitsfoerderung%20BW.aspx.

55 http://www.gesundheitsamt-bw.de/SiteCollectionDocuments/40_Service_Publikationen/Gesund_aufwachsen_in_BW_Band_1.pdf.

56 Weitere Informationen unter http://www.gesundheitsamt-bw.de/SiteCollectionDocuments/40_Service_Publikationen/Gesund_aufwachsen_in_BW_Band_2.pdf.

57 Weitere Informationen unter <http://www.gesundheitsamt-bw.de/oegd/Kompetenzzentren/Aktiv-fuer-Gesundheit-BW/Seiten/Kommunale-Gesundheitskonferenzen.aspx>. Eine Übersicht über bisherige Kommunale Gesundheitskonferenzen in Baden-Württemberg 2013 findet sich unter http://www.sm.baden-wuerttemberg.de/fm7/1442/%DCbersicht%20Kommunale%20Gesundheitskonferenzen%20BaW%FC%202013_03.pdf.

58 Siehe hierzu auch den Abschlussbericht der Projektgruppe der AG Standortfaktor Gesundheit (2010) unter <http://www.sozialministerium-bw.de/fm7/1442/Endfassung%20Bericht%20PG%20Kommunale%20Gesundheitskonferenzen.626089.pdf>.

Die pilothafte Erprobung partizipativer Beteiligung in Gesundheitsdialogen auf Kreis-, Stadt- und Gemeindeebene wurde vom Sozialministerium gefördert und vom Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg und der Universität Stuttgart im Jahr 2013 durchgeführt. Anhand der Ergebnisse aus der Erprobungsphase soll die weitere Ausgestaltung des Gesundheitsdialogs Baden-Württemberg ab 2014 entwickelt werden.⁵⁹

Ein Baustein des Gesundheitsdialogs ist das **BÜRGERFORUM Gesundheit**, das Kommunen in Baden-Württemberg die Chance bietet, mit einem begleiteten Beteiligungsverfahren gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern einen Einstieg in Gesundheitsförderung und Prävention zu finden. Das Bürgerforum ist ein Projekt der Stiftung Kinderland Baden-Württemberg, die Prozessbegleitung wird durch die Familienforschung Baden-Württemberg übernommen.⁶⁰ Insgesamt sind im Zeitraum von Juni 2013 bis Februar 2014 zwölf Bürgerforen in Baden-Württemberg geplant. Zu den ersten Veranstaltungsorten gehörten das BÜRGERFORUM Gesundheit in Bad Boll „Bewegung und Ernährung für Jung und Alt“ (14. Juni 2013), das BÜRGERFORUM Gesundheit „In Dürmentingen bewegt sich was“ (20. Juni 2013) und das BÜRGERFORUM Gesundheit in Oberriexingen „Gesund altern“ (6. Juli 2013), das im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK) des Landkreises Ludwigsburg durchgeführt wurde.⁶¹

3.3 Integration und interkulturelle Öffnung

Nach Ergebnissen des Zensus 2011 hat mehr als ein Viertel (26,2 %) der Einwohnerinnen und Einwohner in Baden-Württemberg einen Migrationshintergrund (gut 2,6 Mill. Personen).⁶² Die landesweit höchsten Anteile an Personen mit Migrationshintergrund finden sich in den Stadtkreisen Pforzheim (46,6 %), Heilbronn (46,1 %) und Stuttgart (38,6 %).⁶³ Dem Handlungsfeld „Integration und interkulturelle“ Öffnung kommt im Kontext der Familienfreundlichkeit von Städten und Gemeinden daher eine besondere Bedeutung zu. Zu den Zielen einer auf Integration ausgerichteten Familienpolitik gehören:⁶⁴

- Die Chancengleichheit für Kinder, Jugendliche und Familien mit Migrationshintergrund,
- die gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderinnen und Zuwanderer in allen gesellschaftlichen Bereichen,
- ein gutes Zusammenleben in Nachbarschaften, Stadtvierteln und Kommunen,
- interkulturelle Verständigung in Freizeit, Sport, Kultur und Nachbarschaft sowie
- die Förderung von Potenzialen und Engagement für eine Kultur der „kooperativen Vielfalt“.

59 Weitere Informationen unter <http://www.gesundheitsamt-bw.de/oegd/Netzwerke/GesundheitsdialogBW/Seiten/default.aspx>.

60 Weitere Informationen unter <http://www.familienfreundliche-kommune.de/FFKom/BF-Ges.asp>.

61 Weitere Veranstaltungsorte sind: Wohlgelegen (Mannheim), Hochstätt (Mannheim), Filderstadt, Ravenstein, Remseck, Bammental, Friesenheim, Tauberbischofsheim und Vaihingen.

62 In Deutschland fand zum Stichtag 9. Mai 2011 der Zensus 2011, eine Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung statt. Mit dem Zensus wird ermittelt, wie viele Menschen in einem Land, in einer Stadt oder einer Gemeinde leben und wie sie wohnen und arbeiten. Die Ergebnisse zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund basieren auf einer Hochrechnung der Stichprobenbefunde. Als Personen mit Migrationshintergrund werden im Rahmen des Zensus 2011 neben Ausländerinnen und Ausländern auch Deutsche bezeichnet, die nach 1955 zugewandert sind oder mindestens ein nach 1955 zugewandertes Elternteil haben.

63 Weitere Informationen unter http://www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Statistik_AKTUELL/803413006.pdf.

64 Walther, C., 2006.

Auch bundesweit wird der kommunalen Integrationspolitik von den Städten, Gemeinden und Landkreisen eine hohe Bedeutung zugemessen. Ergebnisse einer aktuellen Studie zum Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland zeigen, dass für 71,5 % von 228 bundesweit befragten Kommunen die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine hohe oder sehr hohe Bedeutung hat. Wichtige Einflussfaktoren hierbei sind die Gemeindegröße und der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der lokalen Bevölkerung. In vielen Kommunen hat mittlerweile ein Perspektivwechsel stattgefunden. Zunehmend werden die Chancen und Potenziale der Zuwanderung systematisch in den Blick genommen und nicht mehr in erster Linie deren Probleme und Schwierigkeiten gesehen. Darüber hinaus macht die Studie deutlich, wie vielfältig kommunale Integrationspolitik vor Ort sein kann und weist darauf hin, dass insbesondere kleinere und mittlere Städte und Gemeinden einer stärkeren systematischen Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik bedürfen.⁶⁵

Bei der Ausarbeitung eines kommunalen Integrationskonzepts ist Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe zu sehen, die durch die Vernetzung und eine konsequente Zusammenarbeit aller relevanten Akteure vor Ort erfolgreich umgesetzt werden kann. Neben den örtlichen Fachleuten sind vor allem die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund selbst zu beteiligen, um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und sicherzugehen, dass die geplanten Maßnahmen die Zielgruppen auch erreichen. Die Kommunalverwaltung kann als Vorbild für Integrationspolitik agieren und als Arbeitgeber die Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt unterstützen und somit ein Zeichen für die lokale Wirtschaft setzen. So kann sie sich beispielsweise zum Ziel setzen, den Anteil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund schrittweise zu erhöhen und das bestehende Personal begleitend interkulturell fortzubilden.

» Praxisbeispiel

Migranteneltern helfen Migranteltern: EMU – Eltern-MULTIplikatoren im Wirtschaftsraum Schwäbisch Gmünd⁶⁶

In Schwäbisch Gmünd haben 40 % aller 6- bis unter 10-Jährigen eine Zuwanderungsgeschichte. In den umliegenden ländlicheren Gemeinden ist die Zahl zwar geringer, aber auch hier gibt es Vorschuleinrichtungen, in denen bei einem Viertel der Kinder zu Hause kein Deutsch gesprochen wird. Häufig vermeiden Eltern mit mangelnden Deutschkenntnissen schulische Termine wie Elternsprechtage oder Elternabende. Erschwerend kommt hinzu, dass Schule in jedem Land anders funktioniert. Dies stellt Eltern, die erst nach ihrer eigenen Schulzeit nach Deutschland gekommen sind, oftmals vor große Schwierigkeiten.

Ziel des Projekts ist der Aufbau eines Pools an ehrenamtlichen Eltern-Multiplikatoren (EMUs) mit Migrationshintergrund, die nach einer kostenfreien Schulung als Sprach- und Kulturvermittler eingesetzt werden können. Ein zweiter Projektbaustein besteht aus der interkulturellen Öffnung von Bildungseinrichtungen, Verwaltungen und Vereinen. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

⁶⁵ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.), 2012.

⁶⁶ Weitere Informationen unter <http://www.familienfreundliche-kommune.de/FFKom/Praxisbeispiele/detail.asp?136065.4.xml>.

dieser Einrichtungen werden kostenfreie interkulturelle Trainings angeboten. Das Projekt EMU bietet Eltern mit Migrationshintergrund Informationen und Unterstützung im Bereich Grundschule und Bildung in Baden-Württemberg. Zunächst werden engagierte Migrantinnen und Migranten für den Kurs gewonnen. An insgesamt neun Terminen werden sie zu Eltern-Multiplikatorinnen und -Multiplikatoren geschult und sind danach in der Lage, Eltern aus ihrem Kulturkreis bei Bildungsfragen und sprachlichen Schwierigkeiten zur Seite zu stehen. Sie unterstützen und begleiten bei schulischen Terminen oder bei allgemeinen Fragen rund um das Thema Grundschule und Bildung. Ab 2014 wird das Projekt auf den Bereich Kita ausgeweitet.

Die Koordination und Vermittlung der Eltern-Multiplikatorinnen und -Multiplikatoren erfolgt durch das an der Schwäbisch Gmünder VHS angesiedelte Projektbüro, wo auch eine Projektkoordinatorin in Teilzeit als ständige Ansprechpartnerin für alle am Projekt Beteiligten zur Verfügung steht. Das Projekt wird in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Schwäbisch Gmünd durchgeführt, die Finanzierung erfolgt über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

In Baden-Württemberg gibt es im Bereich Integration und interkulturelle Öffnung in vielen Kommunen bereits erfolgreiche Projekte und erprobte Strategien. Häufig sind diese jedoch zeitlich befristet und können über den Förderzeitraum hinaus aus finanziellen Gründen nicht fortgesetzt werden. Außerdem wird mancherorts eine mangelnde Koordination der Initiativen vor Ort beklagt.

Durch das 2013 gestartete Förderprogramm des Ministeriums für Integration zur Förderung der Integrationsarbeit in den Kommunen soll gemeinsam mit den Kommunen die Integrationsarbeit vor Ort noch stärker strukturell verankert und vernetzt werden. Schwerpunkte des Förderprogramms sind der Auf- oder Ausbau kommunaler Strukturen, die interkulturelle Öffnung, die Elternbeteiligung sowie Teilhabe und Antidiskriminierung. Die Kommunen können nachhaltige Strukturen zum Beispiel durch zentrale Ansprechstellen, Netzwerke, Integrationskonzepte oder Informationsangebote schaffen. Im Bereich der Elternbeteiligung unterstützt das Integrationsministerium unter anderem die Arbeit von Bildungslotsen und Elternmentoren. Kommunen, Vereine oder Verbände können Vortrags- oder Fortbildungsveranstaltungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe anbieten. Dabei soll auch die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung ein Schwerpunkt sein. Dafür stellt das Integrationsministerium den Kommunen 2013 und 2014 pro Jahr über 3 Millionen Euro zur Verfügung.⁶⁷

⁶⁷ Weitere Informationen unter <http://www.integrationsministerium-bw.de/pb/Lde/Kommunen> und <http://www.familienfreundliche-kommune.de/FFKom/Aktuelles/detail.asp?20130925.2.xml>.

4. Initiativen zur Familienfreundlichkeit in Österreich

Internationale vergleichende Analysen zur kommunalen Familienpolitik können nicht ohne die Berücksichtigung von Kriterien des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements, des Staatsaufbaus und der Art und Weise der betriebenen Familienpolitik durchgeführt werden. Ein Referenzmodell zur Systematisierung von Wohlfahrtsstaaten stellt die Typologie von Esping-Andersen dar, die liberale, sozialdemokratische und konservative Wohlfahrtsstaaten unterscheidet. Vergleichende Analysen zeigen, dass es sowohl im Hinblick auf den Kompetenzrahmen von Kommunen als auch auf familienpolitische Ansätze innerhalb Westeuropas sehr große Unterschiede gibt.⁶⁸ Im Folgenden sollen Initiativen zur Familienfreundlichkeit in Österreich dargestellt werden, da Österreich dasjenige westeuropäische Land ist, das in Bezug auf die genannten Kriterien am ehesten mit Deutschland zu vergleichen ist. Nach der Esping-Andersen Typologie zählen beide Staaten zu den konservativen Wohlfahrtsstaaten. Außerdem gehören Österreich und Deutschland neben der Schweiz zu den westeuropäischen Ländern, die eine föderative Struktur aufweisen.⁶⁹ So gibt es in Österreich ähnlich wie in Deutschland auch ein bundesweites Audit und Programme einzelner Länder, zu denen beispielsweise das Landesprogramm „familie plus“ für kinder-, jugend- und familienfreundliche Gemeinden im Vorarlberg zählt.

Bundesweites Audit und Programme einzelner Länder unterstützen die Weiterentwicklung der Familienfreundlichkeit vor Ort.

Das bundesweite Audit familienfreundliche Gemeinde ist ein Angebot an österreichische Gemeinden, Marktgemeinden und Städte. Ziel dieser Initiative ist es, familienfreundliche Maßnahmen in der Gemeinde oder Stadt zu erkennen, aufzuzeigen und weitere Projekte auf den Weg zu bringen. Der kommunalpolitische Prozess beginnt mit einer Bestandsaufnahme, von der ausgehend eine Projektgruppe unter Einbindung aller Generationen und Fraktionen weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Familienfreundlichkeit in der Gemeinde entwickelt. Nach dem Beschluss des Gemeinderates werden diese Maßnahmen in einem Zeitraum von drei Jahren umgesetzt. Die Abwicklung des Audits familienfreundliche Gemeinde obliegt der Familie & Beruf Management GmbH. Die Durchführung des Audits familienfreundliche Gemeinde erfolgt in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund. Nach abgeschlossener Auditierung werden die teilnehmenden Gemeinden, Marktgemeinden und Städte vom Bundesministerium für Wirtschaft, Familien und Jugend durch ein staatliches Zertifikat ausgezeichnet und können ein Zusatzschild familienfreundliche Gemeinde zu ihrer Ortstafel führen.⁷⁰

Das 2011 eingeführte Landesprogramm „familie plus“ für kinder-, jugend- und familienfreundliche Gemeinden im Vorarlberg verfolgt das Ziel, die Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit in den Vorarlberger Gemeinden weiterzuentwickeln und die Stärken und Ressourcen von Familien in allen Lebensbereichen zu fördern. Es knüpft an die Erfahrungen und Projekte des Programms „Familiengerechte Gemeinde“ an, an dem sich zwischen 1994 und 2010 insgesamt 78 der 96 Vorarlberger Gemeinden beteiligten. Im Rahmen des Landesprogramms „familie plus“ werden die Gemeinden nicht mehr für einzelne Projekte ausgezeichnet, sondern langfristig und nachhaltig in ihrer umfassenden Entwicklung zu mehr Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit begleitet. Auf Basis einer Bestandauf-

68 zum Beispiel Juncke, D., 2006.

69 Juncke, D., 2006.

70 Weitere Informationen unter <http://www.bmwfj.gv.at/Familie/VereinbarkeitVonFamilieUndBeruf/Seiten/AuditfamilienfreundlicheGemeinde.aspx>.

nahme legt die Gemeinde fest, welche Maßnahmen und Projekte für Kinder, Jugendliche und Familien in den folgenden Jahren angegangen werden sollen. Diese Entwicklung wird laufend überprüft. In 2-jährigem Abstand aktualisiert ein „familie plus“ Team, dem Vertreterinnen und Vertreter aus der Gemeindepolitik, der Gemeindeverwaltung sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde angehören, die Ist-Analyse und wertet durchgeführte Projekte aus. Spätestens nach vier Jahren findet eine externe Überprüfung durch eine unabhängige Kommission statt, die dann auch in einem fünfstufigen Verfahren die Auszeichnung der „familie plus“-Gemeinden durchführt.⁷¹

Ein Prozesshandbuch dient den teilnehmenden Gemeinden als Hilfsmittel zur Standortbestimmung, als Checkliste für die Planung zukünftiger Aktivitäten und als Maßstab für die externe Bewertung und Auszeichnung. Es ist in neun Handlungsfelder unterteilt, die insgesamt 135 verschiedene Bewertungseinheiten auflisten:

1. Miteinander der Generationen/Beteiligung/Sozialkapital:
zum Beispiel Förderung von Ehrenamt, Vereinsangebot, Jugendförderung
2. Kommune:
zum Beispiel familienfreundliches Leitbild, die Kommune als Arbeitgeberin
3. Beratung, Hilfestellung, Betreuung und Pflege:
zum Beispiel Beratungsstellen, Sprechstunden
4. Information, Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation:
zum Beispiel Bewusstseinsbildung für Anliegen von Familien, Gemeindekooperationen
5. Wohnen und Lebensraum:
zum Beispiel Wohnberatung, Siedlungsbegleitung, Spiel- und Freiräume
6. Freizeit und Kultur:
zum Beispiel Talente Förderung, familienfreundliche Tarife
7. Mobilität und Nahversorgung:
zum Beispiel aktive Verkehrs-, Fußgänger-, Schulwegplanung
8. Integration:
zum Beispiel Ansprechperson für Integration in Verwaltung/Politik
9. Bildung und Arbeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf:
zum Beispiel Angebote zur Vereinbarkeit, Kinderbetreuung

Das Land Vorarlberg unterstützt die Gemeinde durch qualifizierte Begleiterinnen und Begleiter, zum Beispiel bei der Gründung eines „familie plus“-Teams, durch die Vermittlung von Fachleuten und von Know-how, durch die Betreuung der Teams in der externen Bewertung sowie bei der Auszeichnung der Gemeinde bei gegebenem Erfolg. Weiterbildungen und Exkursionen der „familie plus“-Gemeinden sowie landesweite regelmäßig stattfindende Vernetzungstreffen geben die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch.

⁷¹ Weitere Informationen unter <http://presse.vorarlberg.at/land/servlet/AttachmentServlet?action=show&id=14006> und unter http://www.vorarlberg.at/pdf/familieplus_basisunterlag.pdf.

Literatur

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Handbuch der örtlichen und regionalen Familienpolitik, 1996.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Lokale Handlungsfelder nachhaltiger Familienpolitik. Monitor Familienforschung. Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Ausgabe 20, 2009, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/monitor-20,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familienatlas 2012. Regionale Chancen im demografischen Wandel sichern, 2012, http://www.prognos.com/fileadmin/pdf/Atlanten/Familienatlas_12/Familienatlas_2012.pdf.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland, 2012, http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/IB/2012-05-04-kommunalstudie.pdf?__blob=publicationFile.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, e.V. (Hrsg.), Empfehlungen des Deutschen Vereins zur lokalen Familienzeitpolitik, 2013a, https://www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/empfehlungen_archiv/2013/DV-30-12-Empfehlungen-lokale-FamZeitPol.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, e.V. (Hrsg.), Empfehlungen des Deutschen Vereins zur lokalen Familienzeitpolitik, in : Nachrichtendienst NDV Juli 2013, S. 296-297.
- Hochstetter, Bernhard: Stadt–Land–Flucht? Teil 1: Analysen zu aktuellen Wandertrends in Baden-Württemberg, in Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2013, S. 10-18, http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag13_09_02.pdf.
- Jordan, E./ Hensen, G.: Kommunale Familienpolitik, in: Handbuch Kommunale Familienpolitik, Berlin 2006, S. 60-69.
- Juncke, D.: Kommunale Familienpolitik im westeuropäischen Vergleich, in: Handbuch Kommunale Familienpolitik, Berlin 2006, S. 85-95.
- Klös, H.-P.: Familienzeitpolitik: Konzept, kommunale Ansatzpunkte und wirtschaftliche Bedeutung, Präsentation im Rahmen der Auftaktveranstaltung Initiative „Neue Zeiten für Familie“ Aachen, 3. Dezember 2013.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Kommunale Familienpolitik. Argumente – Methoden – Praxisbeispiele, 2009, http://www.kas.de/wf/doc/kas_15533-544-1-30.pdf.
- Krause, A.: Empfehlungen des Deutschen Vereins zur lokalen Familienzeitpolitik. Präsentation auf der Fachtagung „Kommunale Familienzeitpolitik – Ein Jahr nach dem 8. Familienbericht“ am 7. Oktober 2013 in Berlin Wannsee.

- Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg (2010). Gesund aufwachsen in Baden-Württemberg: Handbuch zur kommunalen Gesundheitsförderung. Stuttgart, http://www.gesundheitsamt-bw.de/SiteCollectionDocuments/40_Service_Publikationen/Gesund_aufwachsen_in_BW_Band_1.pdf.
- Ministerium für Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren (Hrsg.): Kommunale Familienpolitik in Baden-Württemberg, 2000, http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/BevoelkGebiet/FaFo/Publikationen/Kommunale_Familienpolitik_BW.pdf.
- Ministerium für Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, Regierungspräsidium Stuttgart (Hrsg.): Gesund aufwachsen und leben Baden-Württemberg. Gesundheitsförderung mit allen in Kindertageseinrichtungen. Eine sozillagenbezogene und integrative Perspektive mit den Schwerpunkten Ernährung und Bewegung, 2012, http://www.gesundheitsamt-bw.de/SiteCollectionDocuments/40_Service_Publikationen/Gesund_aufwachsen_in_BW_Band_2.pdf.
- Ministerium für Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, Regierungspräsidium Stuttgart (Hrsg.): Gesund aufwachsen und leben Baden-Württemberg. Angebote und Handlungshilfen der Gesundheitsförderung, 2012, http://www.gesundheitsamt-bw.de/SiteCollectionDocuments/20_Netzw_Sonstige/GaBW_Angebote_%20Handlungshilfen2012.pdf.
- Ridderbusch, J.: „Demografie und Familie im Ländlichen Raum“, in: Statistisches Monatsheft 2/2008, S. 5-11.
- Ridderbusch, J.: „Kurs halten! – Steuerungsinstrumente für den Weg zur Familienfreundlichen Kommune“, in: Statistisches Monatsheft 3/2009, S. 8-12, http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag09_03_02.pdf.
- Schmidt, H.: Polarisierung im Wanderungsgeschehen, in: Statistisches Monatsheft 8/2013, S. 5-14, http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag13_08_02.pdf.
- Schmidt, N. (Hrsg.): Handbuch Kommunale Familienpolitik, Berlin 2006.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Familienforschung (Hrsg.): Integriertes Managementverfahren „Familienfreundliche, bürgeraktive & demografiesensible Kommune“, Leitfaden 2013/2014, 2013.
- Walther, C.: Familien mit Migrationshintergrund – Integration als lokale Herausforderung, in: Handbuch Kommunale Familienpolitik, Berlin 2006, S. 305-311.

Impressum

Der Report „Familien in Baden-Württemberg“ erscheint im Rahmen der Familienberichterstattung vierteljährlich als Online-Publikation. Er enthält aktuelle Daten und wissenschaftliche Erkenntnisse zu verschiedenen Familienthemen und kann unter www.faf0-bw.de/Familien_in_BW kostenlos abonniert werden.

Herausgeber

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg

Klaus Juchart
Schellingstr. 15
70174 Stuttgart

Tel.: 0711-123-0
Fax: 0711-123-3999
Internet: www.sozialministerium-bw.de

Redaktion

FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg

Erich Stutzer, Dr. Stephanie Saleth
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Tel.: 0711-641-2033
Fax: 0711-641-2444
Internet: www.faf0-bw.de

Layout und Umsetzung

Claudia Busch, Jeannette Hartmann

Copyright-Hinweise

@ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2014

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise über elektronische Systeme / Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Fotonachweis Titelbild: FamilienForschung Baden-Württemberg